Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 13. April 1926** | **6. Jahrgang • Nr. 86**

Severings Pogromhetze gegen die rote Front

Schärfere Militarisierung der Schupo – Größerer Einfluß reaktionärer Offiziere – Einseitige Bürgerkriegsvorbereitungen gegen links

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 13. April.**

Gestern fand in Berlin unter dem Vorsitz Severings eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Ministerialdirektor Dr. Abel berichtete, daß nach einer Einigung mit den interalliierten Mächten die staatliche Polizei abzubauen sei und in diesen Orten Kriminalpolizei geschaffen werden soll.

Severing erklärte in seiner Rede, nach seiner Ueberzeugung seien wir aus dem Gröbsten noch nicht heraus. Die starke Arbeitslosigkeit würde auch im Sommer und im nächsten Herbst noch nicht überwunden sein. Auch Ausschreitungen politischer Gruppen müssen in Rechnung gestellt werden (er meint natürlich nur die Kommunisten). Deshalb könne man nicht daran denken, aus heute mit Polizei belegten Gefahrengebieten die Polizei herauszuziehen, denn ihre Anwesenheit bedeutet schon ein gewisses Warnungssignal. Er forderte die Ober- und Regierungspräsidenten auf, die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Er erklärte, er überschätze gewiß nicht die Wirksamkeit der sogenannten Wehrorganisationen und stimmte dann in eine Hetze gegen den RFB. ein, indem er von der Gefahr sprach, daß einmal „die Flinten von selbst losgingen". Die Voraussetzungen für eine Zukunft sei die Erhaltung einer mächtigen Polizei: „Wir erwarten von den Provinzialbehörden, daß sie mit ruhiger und vorsichtiger Entschlossenheit mit der notwendigen Entschiedenheit bei gegebenen Anlässen auftreten werden."

*

Im Zusammenhang mit obiger Meldung steht das, was wir noch aus den der Regierung nahestehenden Kreisen erfahren:

Die Verhandlungen mit der Entente zwecks Verminderung der deutschen Schutzpolizei sind so gut wie abgeschlossen. Danach soll der gesamte Polizeikörper in Deutschland um rund 30000 Mann vermindert werden. 35000 bis 40000 sollen in geschlossenen Formationen in den Kasernen verbleiben, davon allein 25000 in Preußen. Die Amtsbezeichnungen der Offiziere bleiben bestehen, d. h. also: der militärische Charakter der Polizei als Bürgerkriegsinstrument gegen die Arbeiterschaft bleibt vollständig erhalten. Zwei Drittel der gesamten Polizei sollen staatlich bleiben und ein Drittel soll Kommunal-Polizei sein.

Wie man uns weiter mitteilt, sind natürlich schon Kräfte am Werk, die den Abbau der jetzigen Polizeimannschaften dort vornehmen wollen, wo sich die Mannschaften von den reaktionären Offizieren nicht verhetzen lassen, und wo deshalb ein gewisses Einvernehmen zwischen Polizei und arbeitnehmender Bevölkerung besteht, wie in vielen Industriegebieten. Vielleicht hat man auch für Sachsen derartige Pläne.

Für Standorte der kasernierten Polizei sollen natürlich auch Industriegebiete und große Städte ausgewählt werden, um die Polizei schnell im Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft einsetzen zu können.

In der Polizeibeamtenschaft ist die Erbitterung gegen die Militarisierung sehr groß.

★

Diese beiden Meldungen informatorischen Inhalts zeigen aufs deutlichste, daß Severing die Polizei nur betrachtet als Instrument gegen den „inneren Feind". Der innere Feind ist nun für den Sozialdemokraten Severing nicht etwa der Faschismus, sondern der innere Feind, das sind natürlich die Kommunisten, die roten Frontkämpfer und vor allem die Opfer des kapitalistischen Systems, die Arbeitslosen, die nach der Ansicht Severings nicht durch eine genügende Arbeitslosenunterstützung zu „beruhigen" sind, sondern allein durch „blaue Bohnen". Dementsprechend gibt ja auch Herr Severing seine Anweisungen an seine untergeordneten Organe. Wenn er den Befehl gibt, „die politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen", so wissen alle die reaktionären Ober- und Regierungspräsidenten ganz genau, wen sie mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen sollen. Es ist klar, daß sich diese reaktionären, zum Teil direkt monarchistischen höheren Staatsbeamten nicht zweimal sagen lassen werden, gegen die revolutionären Arbeiter vorzugehen.

Insbesondere ist es aber Herrn Severing darum zu tun, die nötig Pogromhetze gegen den Roten Frontkämpfer-Bund zu entfesseln. Es ist bezeichnend, daß er nicht in bezug auf die faschistischen Verbände davon spricht, daß „einmal die Flinte von selbst losgehen" könnte, sondern allein im Hinblick auf den RFB. Niemals noch hat Herr Severing so deutlich im Auftrage kapitalistischer Interessen gehandelt, wie hier. Denn die Erfolge der roten Front, die Massen des Proletariats unter der roten Fahne zu sammeln, die besonders in den letzten Wochen und Monaten ausgezeichnete sind, und die sogar die Schutzgarde dieser kapitalistischen Republik, das Reichsbanner, durch Uebertritte zahlreicher Reichsbannerproleten zum RFB. zu sprengen drohen, diese Erfolge liegen der Bourgeoisie sehr schwer im Magen — — — Herr Severing macht sich nur die Befürchtungen der Kapitalisten zu eigen. Er arbeitet systematisch auf ein Verbot des RFB. hin.

Dieser politischen Einstellung des preußischen Innenministers, des Sozialdemokraten Severing, gegen die „Linksgefahr" bei völligem Verschweigen der Gefahr des Faschismus entspricht seine ganze Polizeipolitik, die naturgemäß eine allgemein arbeiterfeindliche sein muß.

In diesem Moment, wo auf Befehl der Entente von neuem Tausende von Schupobeamten aufs Straßenpflaster gesetzt werden, betont Severing die Notwendigkeit der Erhaltung einer mächtigen Polizei. Er sucht diese mächtige Polizei, die in seinen Augen eben nur eine Bürgerkriegsarmee gegen die revolutionären Arbeiter ist, dadurch, trotz der von der Entente befohlenen Abbaumaßnahmen, zu erreichen, daß er einerseits die entlassenen Schupobeamten ersetzt durch Verstärkung des Polizeispitzelapparates, der Kriminalabteilungen nach dem Vorbild der Berliner Abteilung IA, und andererseits weiter die Schupoformationen militarisiert, d. h. ganz auf den Bürgerkrieg einstellt. Wie alle Kapitalisten, fürchtet Herr Severing nichts mehr als ein gutes Verhältnis zwischen der werktätigen Bevölkerung und den Polizeimannschaften. Darum wird auch abgebaut nur in jenen Industriegebieten und Industriestädten, wo Schupobeamte freiheitlicher Gesinnung verdächtig sind, während gleichzeitig die Kasernierung und Militarisierung gerade in diesen Gebieten verstärkt werden soll zwecks Abkapselung der Polizeikräfte vom Proletariat.

Angesichts dieser ganzen Bürgerkriegsvorbereitungen Severings müssen sowohl die Arbeiter als auch die Schupoleute erkennen, daß sie beide gar keine Ursache haben, sich systematisch und künstlich gegeneinander aufhetzen zu lassen. Soweit die Polizeimannschaften sich dagegen wehren, daß ihnen der Beamtencharakter genommen wird und daß sie wie regelrechtes Militär „gegen den inneren Feind" in Kasernen festgehalten werden mit all dem bekannten Kasernendrill, stehen die Arbeiter auf der Seite der Schupoleute und nicht auf der Seite der reaktionären Offiziere, die in diesem Falle ein Herz und eine Seele mit Herrn Severing sind.

Die Arbeiter aber selbst werden sich durch alle Bürgerkriegsdrohungen des Herrn Severing nicht einschüchtern lassen, sondern werden weiter ihren Weg der Degarisierung der roten Front durchführen in dem Bewußtsein, daß die faschistische und monarchistische Gefahr, und wenn Herr Severing sie dreisigmal leugnen wollte, da ist und die proletarischen Interessen mit Einschluß der Interessen der sozialdemokratischen Arbeiter bedroht.

Die Proletariermassen müssen sich vereinigen in dem Ruf:

Fort mit der Militarisierung und Kasernierung der Schupo!

Hinweg mit den reaktionären Offizieren!

Hinein in die rote Front!

Geht's nicht so, dann anders!

Von Gerhart.

Die Regierung, die bürgerlichen Parteien haben bisher die Bewegung zur Enteignung der Fürsten mit sogenannten „demokratischen Mitteln" bekämpft. Der Verwaltungsapparat der bürgerlichen Republik sabotierte auf gesetzmäßigem Wege. Um das nicht allzuauffällig zu machen, wurden einige in dieser Beschäftigung allzu ungeschickte Landräte von Severing auf höhere Posten versetzt. Die im Besitze des Kapitals sich befindlichen Zeitungen, über 3000 Stück, führten auf deutschnationale, Zentrums- und demokratische Weise den Kampf gegen die Bewegung. Die von der Republik bezahlten und gut bezahlten Diener Gottes benutzten die Kanzel, den Fürsten gefällige Diener zu sein.

In den kleineren Städten und besonders in den Landegebieten benutzten die Großgrundbesitzer, die Fabrikanten usw. ihre wirtschaftliche Herrschaft, um die Massen abzuhalten. Denn in der bürgerlichen Republik ist es natürlich gestattet, seine Stimme „frei" abzugeben, so lange die Bourgeoisie das Wahlrecht nicht verändert. Aber ebenso frei — wir leben ja in der bürgerlichen Republik — können die Großgrundbesitzer, die Unternehmer, die hohen Beamten, jene, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befinden, für die Abgabe der Stimmen aufs Pflaster setzen, drangsalieren usw. In der bürgerlichen Republik hat eben jeder seine Freiheit. Die große Mehrheit des Volkes hat nur das kleine Pech, daß es von einem kleinen Häuflein von Unternehmern abhängig ist, die von dem gesamten Machtapparat der bürgerlichen Republik bedingungslos verteidigt wird.

Die von den sozialdemokratischen Führern unterstützte Regierung sabotiert den Volksentscheid, mit Hilfe des Kompromisses versucht man die Massen zu verwirren. Die sozialdemokratischen Führer arbeiten eifrig mit am Kompromiß, verhandeln emsig mit den Feinden, statt die Tribüne des Parlamentes zur Alarmierung der Massen gegen die Sabotageversuche und die schamlose Lächerlichkeit des Kompromisses auszunützen.

Aber es geht noch alles in Ordnung, alles streng nach den Gesetzen, die von den Feme- und Fürstenrichtern, vom kapitalistischen Reichstag, von der bürgerlichen Regierung, vom Machtapparat der bürgerlichen Republik ausgelegt und angewendet werden. Alles streng im Rahmen der Weimarer Verfassung. So wie ja seit 1918 alles, Inflation, Belagerungszustand, wirtschaftlicher und politischer Terror, Massenverelendung sich streng im Rahmen der demokratischen Verfassung vollzog.

Trotz der ausgiebigsten Verwendung der „bürgerlichen Demokratie" durch Regierung und Parteien, Gerichte und Richter, Beamte und Polizei, haben sich 12½ Millionen Stimmen in die ausgelegten Listen eingezeichnet. Die erste Phase der Sabotage wurde zum großen Teil überwunden. Wird durch den Druck der Massen auch die zweite Phase der Sabotage überwunden und der Volksentscheid ins Rollen kommen, dann muß man sich auf eine kräftige, noch viel kräftigere dritte Phase der Sabotage gefaßt machen.

Was werden die Regierungen und die bürgerlichen Parteien tun, wenn der Volksentscheid angenommen wird? Werden sich die Bourgeoisie und ihre Regierung fügen? Werden sie entsprechend dem Willen der Millionen die Fürsten, alle Fürsten restlos enteignen? Auch die bayrischen Thronhalter, die Wittelsbacher? Wird Hindenburg, der Kommandant der Reichsexekutive, wenn Bayern sich weigert, die bayrische Regierung zwingen, die bayrischen Herrlichkeiten restlos zu enteignen? Wir fragen noch einmal, werden die Regierung der Bourgeoisie, der kaiserliche Feldmarschall sich fügen?

Nun, man darf keine Illusionen haben. Was die Regierung, die bürgerlichen Parteien, der kaiserliche General, tun können, um den Willen des Volkes zu sabotieren, das werden sie zweifellos tun. Und sicherlich werden sie durch ihre Gerichte und Richter, durch das kapitalistische Parlament, durch ihre Verwaltungs- und Machtapparat, die Verfassung gegen den Willen des Volkes auslegen und vor allem anwenden können. Eine Verfassung ist eine ausgezeichnete Sache für den, der die Macht hat. Denn wenn die Verfassung nicht so will, wie die Macht, dann desto schlimmer für die Verfassung. Stampfer hat sie in der Redaktion des „Vorwärts", aber in der deutschen Republik hat sie die Bourgeoisie. Die Reichswehr, die monarchistischen Polizei- und Verwaltungsbeamten, überhaupt die ganze kapitalistische Staatsmaschine, werden weder durch Stampfer noch durch Friesland maltgesetzt, die Gesetze nicht durch die eifrigen Kompromißarbeiter Rosenfeld und Landsberg ausgelegt und durchgeführt.

Wenn wir über die zu erwartenden Maßnahmen durch Regierung und Parlament gegen einen siegreichen Volksentscheid schreiben, so handelt es sich nicht um übertriebene „Befürchtungen", um Spekulationen in der blauen Luft. Wir können einen Zeugen anführen, der zweifellos die Ansicht maßgebender Kreise der Bourgeoisie über die Sache ausdrückt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" beschäftigt sich mit der „Unruhe der Parteien über den Volksentscheid". Und das kapitalistische Organ „beruhigt" dann auf folgende Weise:

„. . . Wo steht denn, abgesehen davon, in unserer Verfassung ein Wort, daß das durch Volksentscheid angenommene Gesetz nicht abgeändert werden könnte? Im Gegenteil, namhafte Staatsrechtslehrer, wie z. B. Prof. Anschütz in Heidelberg, erklären, auf Grund der Verfassungsbestimmungen, daß die durch Volksent-

Gemeinsamer Kampf von SPD.- und KPD.-Arbeitern gegen den Hitler-Faschismus in Altenburg

Feige Haltung der SPD.- und RB.-Führung

Wir berichteten bereits gestern über die Hitler-Kundgebung in Altenburg. Die Kommunistische Partei hatte in Altenburg am Sonntag zu einer Gegendemonstration in Altenburg aufgerufen. SPD. und Reichsbanner hatten offiziell abgelehnt, sich daran zu beteiligen. Hermann Müller, der Chefredakteur der sozialdemokratischen Altenburger „Volkszeitung", hatte am Sonnabend in seinem Blatt folgende markanten Sätze geschrieben:

„Es ist zwecklos, wegen der Faschisten auch nur vom Sofa aufzustehen."

Trotz dieser Sabotage und trotz der Unterstützung dieser Sabotage durch die Stadtverwaltung, die alle kommunistischen Veranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen verboten hatte, kam eine glänzende Gegendemonstration zustande, an der sich 2500 Altenburger Einwohner, darunter viele SPD.-Mitglieder, beteiligten.

Gleichfalls nahmen an der Demonstration 50 Reichsbannerleute in Uniform teil,

die aufs lebhafteste gegen die Haltung der SPD.-Presse und gegen die bürgerlichen Sabotageversuche protestierten.

Die Faschisten trafen es sich angelegen sein, Schlägereien mit Arbeitern zu provozieren. Reichsbanner und RFB. aber jagten gemeinsam die Völkischen mit blutigen Köpfen in die Flucht. Bei allen Reibereien behielten die Altenburger Arbeiter die Ueberhand, trotzdem die Faschisten von der Schußwaffe Gebrauch machten. Arbeiter sind bei diesen Reibereien nicht verletzt worden. Die Polizei verhielt sich ziemlich neutral, teilweise bekundete sie sogar eine gewisse Sympathie mit den Arbeitern.

Die Ereignisse in Altenburg haben wieder einmal bewiesen, daß die kommunistischen Arbeiter in der vordersten Linie gegen die Reaktion kämpfen, und daß die SPD.-Führung ruhig den Hitler-Faschismus erneut anwachsen läßt und mit verschränkten Armen dem Treiben dieser Banditen zusieht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0001

...ligen beschlossenen Gesetze keine erhöhte Gesetzeskraft haben, daß sie vielmehr, wie jedes andere Reichsgesetz, durch Reichstagsbeschluß abgeändert oder sogar aufgehoben werden können."

Natürlich sei dies ein Schlag für die „demokratische Weltauffassung". Aber kaltblütig, im Vertrauen auf die **reale Macht der Bourgeoisie** und ohne Furcht vor den Phrasen der Stampfer usw., erklärt das kapitalistische Organ:

„Es soll zugegeben werden, daß ein solches Verfahren besonders bei dem ersten in der demokratischen Republik durchgeführten Volksentscheid ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Weltauffassung sein würde. Aber uns will scheinen, als ob das nicht der erste Schlag ins Gesicht wäre, den diese Weltanschauung erhalten hätte, und daß darüber hinaus das Wohlergehen der demokratischen Weltanschauung noch sehr weit hinter den vitalen Interessen einer Aufrechterhaltung der Reichseinheit in jeglicher Beziehung zu kommen hätte. Die demokrtatische Weltanschauung wäre wohl mit das letzte, worüber das Bismarck-Reich zerfallen dürfte, nachdem es **Revolution, Inflation und noch manches andere überstanden hat."**

Auf welche Weise können die Pläne der Bourgeoisie durchkreuzt werden? Zweifellos nur dadurch, daß man **der Macht der Bourgeoisie die Macht der Massen entgegensetzt.** Zunächst muß der Massendruck zur Durchführung des Volksentscheids einsetzen. Ohne solchen stärksten Druck werden Parlamente und Regierungen sogar die Ansetzung des Volksentscheids sabotieren. Zur Durchführung des Volksentscheids muß eine gut organisierte, sich auch auf den kleinsten Ort in Deutschland erstreckende Kampagne geführt werden. Die **zwanzig Millionen** müssen nicht nur erreicht, sie müssen **überschritten werden.**

Aber mit der Abgabe des Stimmzettels ist es nicht allein getan. Die Millionen müssen bereit sein, dem Stimmzettel die Macht der großen Einheitsfront der breitesten Massen nachfolgen zu lassen. Die Sabotagegelüste der Regierung und der bürgerlichen Parteien können nur überwunden werden durch die Drohung der aufmarschierenden Millionen. **Die Abgabe des Stimmzettels muß gleichzeitig die Ankündigung der Bereitschaft zum Massenkampf gegen die Sabotage der Regierung und des Parlaments sein.**

Es ist unsere Pflicht als Kommunisten, den breiten Massen dies klar zu sagen, sie vorzubereiten, sie durch die Organisierung der proletarischen Einheitsfront kampffähig zu machen, um die Pläne und Plänchen der Bourgeoisie und ihrer — von den SPD.-Führern unterstützten — Regierung zu durchkreuzen und zunichte zu machen.

Die badischen Demokraten gegen die Kulturpolitik der badischen SPD.

Soll Baden konkordatsreif gemacht werden?

In einem längeren Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 9. April nimmt der demokratische Politiker und frühere badische Staatspräsident und Kultusminister **Hellpach** Stellung zu der Kulturpolitik der SPD. in Baden. Nachdem Hellpach kurz die **„Rebellion"** bei den SPD.-Mitgliedern gegen die Kulturpolitik, die die SPD. im Auftrage des Zentrums führt, gestreift hat, schreibt er folgende interessanten Sätze:

„Die Wiederherstellung der Weimarischen Koalition scheint ausgeschlossen. Der Kampf um das **Lehrerbildungsgesetz** hat die **früheren Koalitionsparteien einander stärker entfremdet,** als es noch der Bruch im vorigen Spätherbst vermocht hatte . . . Die **Indifferenz** der deutschen Sozialdemokratie **gegenüber den Gütern der Geistesfreiheit** bedeutet eine Art **innerpolitischer Tragik** der jungen deutschen Demokratie. Doch gleichviel — das Faktum ist **da; und das Faktum, daß die heutige Sozialdemokratie kulturpolitische Grundsätze nicht kennt, dieses unheilvolle, geradezu tragische Faktum** verwehrt den badischen Demokraten die Wiedererwägung einer Koalition, in der sie, zwischen den mächtigen Parteien des Zentrums und der Sozialdemokraten, selber eine schwache Gruppe, nicht bloß ihre äußere Existenz, sondern, was viel schlimmer ist, **ihre politische Reputation** (Ansehen) aufs Spiel setzen.

Im Verlauf seines Artikels weist dann Hellpach nach, wie mit Hilfe der Sozialdemokratie **das Zentrum alles erhalten hat, was es kulturpolitisch wollte.** Hellpach ist der Meinung, daß diese Wünsche des Zentrums **nicht** erfüllt worden wären, wenn die **Sozialdemokratie nicht vollkommen nachgegeben hätte.** Im übrigen sieht Hellpach das „freiheitliche Werk der Schulpolitik", wie es in den ersten Jahren nach der Revolution in Baden geschaffen worden sei, für vollkommen vernichtet an.

Wir haben hier nicht mit Hellpach über sein „schulpolitisches Werk" zu rechten. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Güte der badischen Hochschulen hin. Nun, diese **badischen Hochschulen** sind genau so wie in allen kapitalistischen Staaten **das Privileg der reichen Bourgeoisiesöhnchen.** Und die **Volksschulen** in Baden, die Hellpach lobt, sind Institute, die die Aufgabe haben, die **Arbeiterkinder zu braven Arbeitstieren** zu erziehen. **Wir lehnen also das schulpolitische Werk Hellpachs grundsätzlich ab.**

Immerhin ist festzustellen, daß der steigende Einfluß des Zentrums in den badischen Schulen dadurch, daß die Ausbildung der Volksschullehrer nach dem neuen, mit Hilfe der SPD. beschlossenen Gesetz durch Klosterschulen und katholischer Alumnate erfolgen kann, **ein Schritt zur schwärzesten Reaktion ist,** gegen den man sich **nicht scharf genug wenden kann.** Die Entwicklung der **badischen Kulturpolitik gerät in das Fahrwasser des bayrischen Konkordats.**

Es ist bezeichnend, daß die badischen Führer der SPD. die Einpeitscher und Förderer dieser klerikalen Schulpolitik sind. Es ist noch bezeichnender, daß selbst die bürgerlichen Demokraten von sich behaupten, es nicht verantworten zu können, diese reaktionäre Schulpolitik mitzumachen.

Was sagen die **sozialdemokratischen Freidenker** zu dieser Kulturpolitik ihrer Partei in Baden — angesichts des drohenden Reichskonkordats?

Fünf Rechte in Sachsen aus der SPD. ausgeschlossen

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otto Berger-Roßwein, Anton Hagen-Leipzig und Friedrich Strube-Pegau wurden **vom engeren Bezirksvorstand der SPD. Leipzig** aus der Sozialdemokratischen Partei **ausgeschlossen,** weil sie gegen die **Beschlüsse** der Parteiorganisation gehandelt haben.

*

Die **SPD. Zittau** nahm mit 97 gegen 35 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen den **Antrag auf Ausschluß des sozialdemokratischen Abgeordneten** für Zittau **namens Schembor an.** Schembor, der zu den 23 in Sachsen gehört, sprach vergeblich persönlich gegen seinen Ausschluß.

*

Damit ist noch keineswegs der Ausschluß der fünf Abgeordneten perfekt. Es fehlt noch die **Bestätigung des Berliner Parteivorstandes.** Jetzt wird der Berliner Parteivorstand **Farbe bekennen müssen.**

Die Ursache der Wirtschaftskrise: „Schleichender Bolschewismus"

Eine echt alldeutsche Weisheit

Bremen. Der Hauptvorstand des Alldeutschen Verbandes, der am Sonntag in Bremen tagte, nahm eine Entschließung an, wonach die Ursachen der Wirtschaftskrise in dem gegenwärtigen politischen System eines schleichenden Bolschewismus liege.

Einheitskomitee Halle für Massenmobilisation zum Volksentscheid

Aufforderung zum gemeinsamen Vorgehen an SPD. und Gewerkschaften

Nachfolgend veröffentlichen wir den uns vom Einheitskomitee für die Fürstenenteignung Halle zum Abdruck übergebenen, bereits vom 31. März stammenden Brief an die Sozialdemokratische Partei und an die Gewerkschaften.

Halle, den 31. März 1926.

An den Ortsausschuß des ADGB., Halle a. d. S.
An die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Halle-Merseburg.

Einem an uns gerichteten Brief der Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg vom 26. März sowie der Nr. 73 des „Klassenkampf" entnehmen wir, daß die Bezirksleitung der KPD. an Sie wie an den Ortsausschuß des ADGB. mit dem Vorschlag zur gemeinsamen Organisation und Durchführung der Mai-Demonstration und Feier herangetreten ist. Wir möchten nun auch unsererseits nicht versäumen, an Sie mit ganz genau demselben Vorschlag heranzutreten.

Darüber hinaus laden wir Sie ein, dem Einheitskomitee Halle sowie sämtlichen bestehenden Einheitskomitees im Bezirk offiziell als Mitglieder beizutreten.

Wie die Bezirksleitung der KPD., sind auch wir der Meinung, daß bei einer gemeinsamen Durchführung aller zur Durchführung des Volksbegehrens notwendigen organisatorischen und agitatorischen Arbeiten und einer zusammenwirkenden Propaganda beim Volksbegehren **der Erfolg in unserem Bezirk bedeutend größer geworden wäre.** Aus dieser Tatsache gilt es aber nun gewisse **Lehren für die Zukunft zu ziehen.** Der Ausfall des Einzeichnungsergebnisses beim Volksbegehren hat uns gezeigt, daß der **Wille der Arbeiterklasse zur Einheit bereits sehr stark ist und schon im Anfangsstadium wirkliche Erfolge zu erzwingen vermag.** Ein geeintes Vorgehen der Arbeiterklasse wird einerseits eine unermeßliche Anziehungskraft auf einen immer größer werdenden Teil aller ausgebeuteten Bevölkerungsschichten ausüben und sie zum Kampf für ihre unmittelbaren Lebensinteressen in Bewegung bringen, andererseits aber die Arbeiterklasse, die sich als ihr aktivster Teil betätigt, die Führung erhalten.

Diese große, in den Einheitskomitees vor sich gehende Sammlung aller zerstreut und brach liegenden Kräfte des arbeitenden Volkes, seine Mobilmachung und Zurückführung in die Reihen der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiterklasse ist in der augenblicklichen Phase des Kampfes **die erste und vordringlichste Aufgabe der Einheitskomitees.**

Selbst die kurze Zeit, in der die Einheitskomitees bestehen, hat den Beweis für die Notwendigkeit ihrer Existenz voll und ganz erbracht, ja, trotz ihrer Unzulänglichkeit und Unvollständigkeit ist **der Sieg im Volksbegehren zum großen Teil auf das Konto der Einheitskomitees zu buchen.**

Es geht jetzt nicht nur mehr um den Aufbau, sondern auch um den Ausbau. Zu diesem Zwecke laden wir Euch ein, zu einer **gemeinsamen Sitzung am Dienstag, dem 13. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Halle** zu erscheinen, Ihren offiziellen Beitritt zu erklären und mit uns zusammen die zunächst zu unternehmenden Schritte zu beraten.

Vor allen Dingen müssen jetzt sofort Maßnahmen ergriffen werden, **die Sabotage und die Verschleppung des Volksentscheids durch die Luther-Regierung und den Reichstag mit allen Kräften zu verhindern.** Gehen in dieser Angelegenheit alle Parteien und Organisationen getrennt vor, so wird das Ergebnis ganz bestimmt kläglich und gleichbedeutend mit einer Unterstützung der monarchistischen Reaktion sein. Schon in dieser ersten Frage zeigt sich die **Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens im Einheitskomitee.**

Dann gilt es aber auch **den Volksentscheid selbst zu organisieren.** Hierbei ist die Ausnutzung aller vorhandenen und irgendwie erreichbaren Kräfte notwendig. War schon der Widerstand der Fürstenlakaien beim Volksbegehren groß, so werden beim Volksentscheid unsere Kräfte zur Ueberwindung der tausend und abertausend Sabotageakte **verzehnfacht** werden müssen.

Außer den Aufgaben der Sammlung und Aktivisierung aller Klassenkräfte, der Organisierung und Durchführung des Volksentscheids, erwachsen den Einheitskomitees aus der Krise des Kapitalismus heraus auch eine Reihe weiterer Aufgaben, die in einer Aussprache ihre Klärung finden müssen.

Die Organisierung des Kampfes gegen die monarchistische Luther-Regierung, für die Auflösung dieses reaktionären Reichstages, die beide zusammen den ehemaligen deutschen Fürsten drei Milliarden Volksgut in den Rachen werfen wollen, ist ebenfalls eine der nächsten Aufgaben der Einheitskomitees. Wer wirklich und ehrlich die entschädigungslose Enteignung will, der muß auch einen ernsthaften Kampf gegen jene organisieren und führen, die die entschädigungslose Enteignung verhindern wollen. **Nur der Sturz der sabotierenden Luther-Regierung und die Beseitigung dieses Reichstages werden den Weg zur entschädigungslosen Enteignung freimachen.**

Wollt Ihr ernstlich den Kampf für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser, so bleibt Euch kein anderer Weg, als **Euren offiziellen Eintritt in die Einheitskomitees zu erklären und in und mit den Einheitskomitees den geschlossenen Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsschichten zu organisieren und aufzunehmen.**

Indem wir zum Schluß nochmals ausdrücklich erklären, daß wir nichts unversucht lassen werden, die uns gestellten Aufgaben zu erfüllen, sehen wir Eurer Zustimmung entgegen und zeichnen

mit proletarischem Gruß

Einheitskomitee für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, Halle a. S.

J. A.: Wallrodt

*

Wir haben diesen Zeilen, mit denen wir restlos **einverstanden** sind, nichts mehr hinzuzufügen. Unser heutiger **Leitartikel** zeigt in seinen politischen Ausführungen zur Genüge die Notwendigkeit der breitesten Zusammenfassung der Massen für den Volksentscheid auf. Wir wollen an dieser Stelle nur noch einmal darauf hinweisen, daß es nicht beim Briefwechsel irgendwelcher Spitzenorganisationen bleiben darf, sondern daß die **kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter selbst die Einheitsfrontbestrebungen aus den Betrieben und aus den Gewerkschaften heraus mit allen Mitteln unterstützen** müssen, indem sie, ohne Rücksicht auf die Spitzen oben, von unten her sich von selbst zusammenzuschließen beginnen für praktische **von allen anerkannte proletarische Ziele,** wie in diesem Falle für den **Volksentscheid.**

Beginn des Sprit-Weber- und Kutisker-Prozesses

Berlin, 12. April. Heute begannen hier zwei Riesenkorruptionsprozesse: der **Sprit-Weber-** und der **Kutisker-Prozeß.** Im ersten Falle handelt es sich in der Hauptsache um die Verschiebungen von Sprit durch Weber, wobei ihm **bestochene Kriminalkommissare Hilfe geleistet** haben.

Im zweiten Prozeß handelt es sich um die Betrügereien Kutisker und Holzmann. Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Weber-Prozeß lehnte die Verteidigung zunächst alle Sachverständigen ab, weil sie befangen seien. Im Kutisker-Prozeß bekam bereits heute Iwan Kutisker den ersten Schwindel-Anfall.

*

Zum Sprit-Weber-Prozeß wird uns noch geschrieben:

Es handelt sich um riesige **Sprit-Schiebungen** für Likörfabriken, durch die von Sprit-Weber der Staat um viele Millionen geprellt **wurde.** Sie wurden nur durch **die Hilfe des Leiters des Sp[...] dezernats beim Berliner Polizeipräsidium, Kriminalkommissar Be[...] und ein ganzes Netz bestochener Vertrauensleute in amtlichen Ste[...]** ermöglicht. Die Spritschiebungen gingen, trotz zahlreicher Den[...]ziationen, ziemlich offen vor sich. Die Sendungen billigen [...] vergällten Sprits wurden in eingeweihten Kreisen **„Sendun[...] vom lieben Gott"** genannt.

Die Spritschiebungen waren aber nicht allein durch die acht ge[gen]wärtig Angeklagten möglich. Außer den Beamten des Sp[...] Dezernats im Polizeipräsidium müssen noch **zahlreiche höhere [Be]amte der Reichsmonopol-Verwaltung in der Korruptionsaff[äre] verwickelt** sein. Sprit-Weber und Peters haben diese Tatsache [als] Trumpf in der Hand. Sie erklären, daß sie im Verlaufe der [Ver]handlungen diesen Trumpf ausspielen und — **enthüllen** werden. Das wird dann eine feine „Sendung vom lieben Gott" wer[den], dieser Republik würdig: **ein neuer Riesen-Korruptionsskandal.**

Große Zuckerschiebungen in Hamburg aufgedeckt

Aus **Hamburg** wird gemeldet: Der Zollstelle Hamburg-Freiha[fen] ist es gelungen, umfangreichen Zuckersteuerhinterziehungen auf [die] Spur zu kommen, die im Jahre 1925 und auch noch bis vor kurz[em] von einem Hamburger Schwindelkonzern, der eigens zu die[sem] Zwecke aufgezogen zu sein scheint, verübt worden sind. Es steht [fest], daß das Reich **um etwa eine Million Mark** geschädigt worden [ist]. In die Angelegenheit sind eine große Anzahl von Personen, ungef[ähr] **30 Kaufleute,** die zum Teil in Hamburg ansässig sind und sich an [den] Schiebungen beteiligt haben, verwickelt. Wie festgestellt wurde, [ist] ein großer Teil der Hinterziehungen dadurch verübt worden, [daß] man **die Zuckermengen falsch** deklarierte und sie fälschlicherweise [in] dem Frachtbrief als andere, nicht zollpflichtige Waren bezeichne[te]. Die Ermittelungen der mit der Untersuchung beauftragten Z[oll]behörde beziehen sich auch auf den naheliegenden Verdacht, ob et[wa] ungetreue Beamte die Hände mit im Spiele gehabt haben und [auf] diese Weise die sehr erheblichen Steuerhinterziehungen begünstigt[en].

Nationalsozialistische Mordhetze

München. Am 8. April nahm in einer nationalsozialistischen V[er]sammlung der völkische Abgeordnete Streicher das Wort [zu] einer Pogromrede gegen die Kommunisten. Nachdem die „Ne[uen] Zeitung" Streicher **als Fememordorganisator entlarvt** ha[t], benutzte er diese Versammlung dazu, um **offen zu der Ermord[ung] des Geschäftsführers der „Neuen Zeitung", des Genossen [Ol]schewski, aufzufordern.** Er behauptete, Olschewski sei ein aus [der] Schweiz zugereister Agent des internationalen jüdischen Kapit[als] und deutete in diesem Zusammenhang unmißverständlich auf **K[urt] Eisner** und dessen Schicksal hin, als er mit erhobener Stimme f[or]derte, die ihm angetane Schmach müsse gerächt werden. [Die] Faschisten antworteten mit dem Ruf: **„Totschlagen, totschlagen"**. Von Provokateuren wurde aufgefordert, zur „Neuen Zeitung" [zu] gehen und sie zusammenzuhauen.

Nationale Kampfmethoden

Im „Querfurter Tageblatt" vom 12. April erlaubt [sich] ein gewisser Schettler, halb Offizier, halb Stahlhelmführ[er], folgendes **Inserat** aufzugeben:

„An die Mitglieder der Vaterländischen Verbände. Zur B[e]grüßung der sogen. „Roten Frontkämpfer" hingen gestern [an] folgenden Häusern Querfurts Girlanden (folgen Namen u[nd] Adressen)."

Die Regierung beabsichtigt, den RFB. zu verbieten, mit d[er] Begründung, er sei eine „Ruhe und Ordnung" störende Orga[ni]sation. **Solche Stahlhelmführer jedoch dürfen sich frech erlaube[n], zum wirtschaftlichen Boykott, ja, evtl. zum Mord gegen Ander[s]gesinnte zu hetzen.**

Aber die Sache hat auch noch einen andern Hintergrund. Schet[t]ler muß seine Mannen mit solchen Maßnahmen an der Stange [zu] halten versuchen. Die Kampagne zum Volksbegehren hat au[ch] einigen Stahlhelmern die Augen geöffnet, **fünf Mann wurde[n] kürzlich wegen „Eintragung in die Listen zum Fürstenraub" au[s]geschlossen.**

Diese Entwicklung wird Schettler durch solche Maßnahmen au[f]zuhalten nicht imstande sein. Die Arbeiterschaft jedoch muß erkenne[n], daß gegen solche Stahlhelmheldentaten nur der Zusammenschlu[ß] in der eigenen Abwehrorganisation, dem RFB., hilft. Deshal[b] trotz vaterländischen Kriegsgeschreis, nur um so eher, **hinein in de[n] Roten Frontkämpfer-Bund.**

Die Hohenzollern als Steuerhinterzieher

Berlin. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitzuteile[n] weiß, schuldet die vertriebene Hohenzollern-Gesellschaft dem Staat insgesamt sieben Millionen Mark an nichtbezahlten Steuern. I[m] Rechtsausschuß wurde die Frage nach den rückständigen Steuer[n] der Fürstenräuber wiederholt aufgeworfen, doch verstand es di[e] Regierung, sich vor der Verantwortung zu drücken.

Sieben englische Kommunistenführer aus dem Kerker entlassen

Rückkehr zur Arbeit

London. Sechs von den sieben Mitgliedern der Zentrale de[r] KPE., die seinerzeit wegen „Aufreizung zum Aufruhr" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, die Genossen R. Page Arnott, T. Bell, J. R. Campbell, J. T. Murphy, E. W. Cant und T. H. Wintringham wurden am Freitagnachmittag **nach** Ablauf ihrer Strafzeit aus dem Kerker von Old Bailey entlassen. Genosse Mac Manus, dessen Strafe gleichzeitig zu Ende war, kam erst am Montag aus dem Gefängnis, da ihm noch eine Ordnungsstrafe aufgedonnert worden war. Die Gefangenen wurden **einen Tag zu früh entlassen, um Demonstrationen zu vermeiden;** wegen zu später Benachrichtigung konnten deshalb auch nur wenige Genossen zur Begrüßung der Entlassenen vor den Gefängnissen erscheinen. Ueber die Art des Strafvollzuges äußerte sich Gen. Murphy zu einem Berichterstatter des Arbeiterblattes „Daily Herald": **„Wir sind genau wie Verbrecher behandelt worden.** Das gegenwärtige Gefängnissystem ist geradezu unmenschlich. Man sieht nach den Gefangenen wie ein Bauer nach seinen Schweinen sieht. Der Zweck des Systems ist, jede Regung zu ersticken." In einem von den entlassenen Genossen unterzeichneten Aufruf heißt es: „Bei unserer Rückkehr aus dem Gefängnis finden wir, daß der **Einfluß unserer Partei gewachsen, ihre Mitgliederzahl größer geworden ist.** Unsere Ziele sind die gleichen geblieben. Wir kehren auf unsere Posten zurück und werden den Kampf gegen den Kapitalismus mit neuer Kraft und Entschlossenheit aufnehmen. Das ist die Antwort unserer Partei auf die Verfolgung durch die Regierung."

Am Sonnabendnachmittag fand eine **Massendemonstration für die übrigen zu 12 Monaten Gefängnis verurteilten Genossen** statt.

Tagung der Exekutive der 2. Internationale in Zürich

(Eig. Drahtm.) Zürich, 13. April.

In der gestrigen Sitzung der Exekutive der 2. Internationale wurde der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die Verhandlungen mit der Kommunistischen Internationale zur Bildung einer allumfassenden Internationale aufzunehmen, mit 247 gegen 3 Stimmen der Antragsteller und Unabhängigen Polens abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0002

Die preußische Schulpolitik

Die kommunistischen Forderungen

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags begann am Montag die Beratung des Haushalts der Verwaltung für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Der Minister Becker, dem in einer überfüllten Junglehrerkundgebung am Sonntag durch einstimmigen Beschluß das Mißtrauen ausgesprochen worden war, fand auf seinem Platze einen Blumenstrauß, weil er 50 Jahre alt wurde. Der Sozialdemokrat Hirsch beglückwünschte den Minister. Ein Kommunist rief: Ein Pflästerchen auf die Wunde von gestern!

Zunächst wurde eine Art Generaldebatte geführt. Dabei gingen sowohl die Regierungsvertreter wie die bürgerlichen Redner den aktuellen Fragen bewußt aus dem Wege. Ein Regierungsvertreter predigte Sparsamkeit, die zu Abstrichen im Etat geführt habe. Ausgerechnet nur bei den Volksschulen ist das der Fall, die anderen Unterrichtsgebiete bekommen erhöhte Mittel im Etat. Der Sozialdemokrat König jammerte, daß seine Partei keinen Einfluß in der Schulverwaltung habe. Der frühere Kultusminister Dr. Boelitz als Sprecher der Volkspartei war hoshaft genug, die SPD. anzuklagen, daß ihr Kultusminister Haenisch über den Kuhhandel mit dem Zentrum in Weimar ganz die materielle Förderung der Volksschule vergessen hätte. —

Von der kommunistischen Fraktion sprach Genosse Kilian. Er sagte, nachdem der reaktionäre Vorstoß gegen die Volksschule durch den Reichsschulgesetzentwurf von der arbeitenden Bevölkerung zurückgeschlagen sei, drohe jetzt erneute Gefahr durch die Kürzung der Geldmittel. Die treibende Kraft für Lehrerabbau, Klassenüberfüllung und Junglehrernot sei die Politik des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Das Großkapital wolle heute nicht einmal mehr die Kosten tragen für die Schulbildung der Dawes-Sklaven. Die KPD. fordert: Zur Aufnahme intelligenter Kinder aus Arbeiter- und Mittelstandskreisen müssen 25 Prozent Freistellen geschaffen werden. Außerdem für diese Kinder unentgeltliche Lernmittellieferung, Speisung und Unterbringung. Die Junglehrerfrage ist eine wichtige politische Angelegenheit. Die KPD.-Fraktion werde ihre von der Junglehrerschaft anerkannte Tätigkeit fortsetzen, die darauf hinziele, die beschäftigungslosen Junglehrer so schnell als möglich der Beschäftigung in der Schule zuzuführen. Die Volksschule brauche diese 30 000 Lehrkräfte, und sie seien auch ohne Schwierigkeiten unterzubringen, wenn man die Klassenfrequenzen ernsthaft herabsetze. Nach der Statistik von 1923 waren in Preußen 12 485 Volksschulklassen mit über 60 und 46 967 Klassen mit über 50 Schülern. Dies Verhältnis habe sich durch den Personalabbau bestimmt noch verschlechtert. Da in der Junglehrerkundgebung auch Angehörige der Rechtsparteien versprochen hätten, energische Maßnahmen im Interesse der Junglehrer unterstützen zu wollen, bringe die kommunistische Fraktion den Antrag auf sofortige Vorlegung eines Schulnotgesetzes ein, das den Schulverbänden die Neueinrichtung von so vielen Volksschulklassen zur Pflicht mache, daß auf höchstens je 30 Kinder eine Lehrkraft entfalle. Alle Bestimmungen, die die Errichtung neuer Lehrstellen beschränken oder die Staatszuschüsse von höherer Klassenbesetzung als 30 abhängig machen, werden aufgehoben. Im Haushaltplan werden die Summen für Beschulungsgeld, Ergänzungszuschüsse, Staatsbeitrag an die Landesschulkasse, Unterstützung von Schulbauten um insgesamt 181 Mill. Mark erhöht. Die bisherigen Fortbildungszuschüsse für Junglehrer werden in Unterhaltszuschüsse umgewandelt; statt 1,1 Millionen werden 5 Millionen bewilligt. — Bei der Abstimmung über diesen Antrag werden die Junglehrer erfahren, wo ihre Freunde sitzen und diejenigen Abgeordneten, die nur leere Versprechungen machen. Am Nachmittag sprach auch Kultusminister Dr. Becker. Kennzeichnend für seine Haltung in der Junglehrerfrage war, daß er erklärte, er halte sie für außerordentlich wichtig, aber er sehe noch keinen Weg zur Lösung (!)

Die Not der erwerbslosen Junglehrer

Mißtrauensresolution gegen den preußischen Kultusminister

Berlin. In einer Junglehrerversammlung, welche die Not der 30 000 erwerbslosen Junglehrer behandelte, wurde einstimmig eine Mißtrauensresolution gegen den preußischen Kultusminister Becker angenommen. Eine Entschließung fordert die Herabsetzung der Klassenfrequenz so weit, daß sämtliche Stellungslose Beschäftigung erhalten. Wie der „Montag Morgen" berichtet, fanden die Ausführungen des kommunistischen Landtagsabgeordneten, Genossen Kilian, den Beifall der Versammlung.

Unternehmeroffensive gegen die Sonntagsruhe

Der Versuch des deutschen Unternehmertums, sich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten einen Ausweg aus der Krise zu bahnen, nimmt immer bedrohlichere Formen an. Nicht nur, daß für weite Teile der Arbeiterklasse Lohnabbau und Ueberarbeit schon längst zu einer Tatsache geworden sind, richtet sich jetzt der Ausbeuterangriff sogar gegen die Sonntagsruhe, und zwar zunächst der Angestellten.

Die berüchtigten deutschen Ordnungszellen Bayern und Württemberg geben das Signal zum Sturm, indem sie schon vor einiger Zeit kurzerhand die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe abschafften. Der Reichsarbeitsminister Braun hat nunmehr den „streng vertraulichen" Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ausgearbeitet, der praktisch auf eine Beseitigung der Sonntagsruhe für die gesamten deutschen Handelsangestellten hinauslaufst.

Die bürgerlichen Parteien begrüßen diesen Vorstoß mit Freuden und die „Wirtschaftliche Vereinigung" hat von sich aus einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die Angestellten im Handelsgewerbe zu einer Mindestleistung von vier Stunden Sonntagsarbeit verpflichtet.

Ohne Zweifel ist dieser Versuch nur das Vorspiel eines großangelegten Unternehmerfeldzuges, um breiten Arbeiterschichten auch noch die Sonntagsruhe zu rauben. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, sofort die Massen in den Verbänden und Betrieben gegen diese drohende Gefahr zu mobilisieren, um noch in letzter Minute den Anschlag abzuwehren.

Vor der Entscheidung in England

London, 12. April.

Die Grubenbesitzer und der Vorstand der Bergarbeiter treten morgen in London zusammen zur Fortsetzung der wenig aussichtsreichen Verhandlungen. Baldwin hat heute durch Agenturen ankündigen lassen, „daß er beide Parteien, wenn die Verhandlungen kein Ergebnis haben sollten, zu sich laden werde". Die offiziöse Erklärung schließt: „da nur noch wenig Zeit vorhanden ist, kann die bisherige Politik der Zechenbesitzer und der Bergleute, für eine Verbesserung ihrer Positionen zu manövrieren, nicht auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden".

„Falls die Grubenbesitzer und die Bergarbeiter morgen nicht eine Grundlage für rasch abzuwickelnde Verhandlungen finden, wird die Regierung eingreifen und beiden Parteien den Ernst der Lage zu Gemüte führen. Die Regierung wird nur dann über den 1. Mai hinaus aus öffentlichen Mitteln den Bergbau weiter subventionieren, wenn die Arbeiter und die Grubenbesitzer auf der Grundlage des Berichts des Enquête-Ausschusses ein vernünftiges Kompromiß abgeschlossen haben."

*

(Eig. Drahtmeld.) London, 13. April.

Der Ausschuß des Bergarbeiterverbandes des Distrikts York 4 beschloß gestern unter Vorsitz des Präsidenten des englischen Bergarbeiterverbandes, Herbert Schmidt, dem Vorschlag der Exekutive, der sich gegen eine Zerschlagung des nationalen Lohnabkommens, gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und gegen jegliche Lohnherabsetzung richtet, zuzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung im Distrikt York 4 ist von entscheidendem Einfluß auf die übrigen Bergarbeiterdistrikte.

*

Englische Regierung und englische Presse ergehen sich in großem Rätselraten, wie man die englischen Bergarbeiter endlich zur „Vernunft" bringen könne, d. h. zur kapitalistischen Vernunft, die mit Herabsetzung der Löhne und gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit im Interesse des englischen Kapitalismus einverstanden ist. Deshalb muß Baldwin „beiden Parteien den Ernst der Lage zu Gemüte führen"! Wir glauben nicht, daß die englischen Bergarbeiter dafür Verständnis aufbringen, sondern entschlossen den Kampf um ihre Existenz aufnehmen werden.

Die wichtigsten Momente in der englischen Bergbaukrise sind aber jetzt nicht das Eingreifen Baldwins, sondern erstens das Eingreifen des Generalrats der Gewerkschaften und zweitens die besondere Verbindung der Bergarbeiterbewegung mit der Aktion der Metallarbeiter. Die letzte Konferenz des britischen Bergarbeiterverbands war von dem Bestreben beherrscht, einmütig mit der Führung des Gesamtproletariats mit dem Generalrat der Gewerkschaften zusammenzugehen. Die Bergarbeiterkonferenz, auf der 156 Delegierte 804 000 Bergarbeiter vertraten, war politisch völlig einheitlich. Die Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wandte sich gegen jede Arbeitszeitverlängerung und gegen jeden Lohnabbau. Das bedeutet die Ablehnung des Berichts der Kohlenkommission durch die Bergarbeiter. Auf der anderen Seite hat sich bekanntlich die Regierung und der Unternehmerverband auf den Boden des Kommissionsberichts gestellt.

Es ist bezeichnend, daß das „Volksblatt" in seinem gestrigen Leitartikel den Bericht der englischen Kohlen-Kommission voll und ganz verteidigt. Das „Volksblatt" behauptet sogar, daß er „in seinem kritischen Teile mit Ausnahme derjenigen Partien, die sich auf die Sozialisierung beziehen, ausgezeichnet" sei! Wie schade, daß die Unternehmer nicht selbst die Sozialisierung vorschlagen! Weiterhin schreibt das „Volksblatt":

Was die dritte Partei in der gegenwärtigen Krise, die Bergarbeiterpartei, betrifft, so haben sie bisher ihre endgültige Stellung noch nicht festgelegt. Ihre Stellung gegenüber dem Kohlenbericht kann naturgemäß von Anfang an nicht so eindeutig bestimmt sein, wie sie es im vergangenen Jahre gegenüber den Unternehmerforderungen war. Die Unternehmer verlangten damals die Zerschlagung des nationalen Lohnabkommens zugunsten einer distriktweisen Regelung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung. Der Bericht der Kohlenkommission hingegen wendet sich mit aller Schärfe gegen jede Arbeitszeitverlängerung und er spricht sich unmißverständlich gegen eine Zerschlagung der Lohnverhandlungen auf nationaler Basis aus. Was die Lohnkürzungen, die auch der Kohlenbericht fordert, anbelangt, so sind sie geringer als die Unternehmerforderungen vom Juli, lediglich als zeitweilige Maßregel gedacht und auf einzelne Arbeitergruppen beschränkt. Die schlechtbezahlten Arbeiter sollen von diesen Lohnkürzungen nicht betroffen werden. Während die Unternehmer sich im vergangenen Juli gegen die Notwendigkeit der Umorganisation des Bergbaues und gegen die Abschaffung ihrer Besitzrechte auf die unter ihren Ländereien belegenen Kohle (Royalties) aussprachen, tritt der Bericht in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bergarbeiter für beide Maßnahmen ein.

Das „Volksblatt", die deutschen Sozialdemokraten treten also ganz offen für den Bericht der Kohlen-Kommission ein und hoffen, daß nach der jetzt stattfindenden Abstimmung in den Distrikten des Bergarbeiter-Verbandes die Schluß-Abstimmung der endgültigen Delegierten-Konferenz eine arbeitsgemeinschaftliche Entscheidung fällt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß auch die rechten englischen Gewerkschaftsführer auf ein faules Kompromiß zuzusteuern versuchen.

Man versucht auch die englischen Arbeiter vom Kampfe zurückzuhalten mit der Melodie, daß ein Lohnabzug oder eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung ja „nur" „eine zeitweilige Maßnahme" darstelle. Die deutschen Arbeiter sind vielfach auf diese Versprechungen hereingefallen und haben nichts mehr von „zeitweiligen" Maßnahmen gehört, sondern sind immer tiefer in Lohnabbau und 10- und 12-Stundentag versunken. Die englischen Bergarbeiter werden diese Erfahrung beherzigen und keine Abwürgung des Kampfes zulassen.

Eine schnelle Verschärfung der Lage ergibt sich außerdem aus folgendem Umstand: die Staatszuschüsse für den Bergbau laufen am 1. Mai ab. Die Regierung will nur dann provisorisch weitere Zuschüsse leisten, wenn sowohl die Unternehmer als auch die Bergarbeiter die Beschlüsse der Kohlenkommission annehmen. Falls die Regierung keine neuen Zuschüsse garantiert, wollen die Unternehmer am 15. April die bestehenden Tarifverträge zum 1. Mai kündigen. Die Auswirkungen eines solchen Schrittes auf die Bergarbeiter sind ohne weiteres klar. Zur selben Zeit spitzen sich die Verhältnisse bei den Metallarbeitern zu. Eine Konferenz der britischen Metallindustriellen in York lehnte die Forderung der Londoner Metallarbeiter nach Lohnerhöhung und ebenso entsprechende Forderungen aus andern Teilen des Landes ohne weiteres ab. Die Metallarbeiter bestehen auf ihrer Forderung. Der Ausbruch eines Metallarbeiterstreiks in London ist dadurch wahrscheinlich geworden. Der Unternehmerverband kündigt an, daß er örtliche Streiks mit einer Generalaussperrung im ganzen Lande beantworten würde. Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat die Aufgabe, unbeirrt durch rechte Intriganten vom Stile eines Hodges, die einheitliche Kampffront des britischen Proletariats herzustellen. Die Kommunistische Partei Englands ebenso wie die Minderheitsbewegung der Gewerkschaften bieten alles auf, um das gleiche Ziel zu erreichen.

Finanzämter verhängen Gefängnisstrafen gegen Bauern

Der letzten Nummer der Zeitschrift „Einiges Volk" (Organ des Reichsbundes der Kleinbauern) entnehmen wir folgende interessante Mitteilung:

„In Gräfentonna (Thüringen) war der Kleinbauer Albert Helm infolge seiner Notlage seinen Verpflichtungen gegen die Reichsabgabenverordnung nicht sofort nachgekommen. Daraufhin wurde dieser Landwirt zu einer Geldstrafe von 10 Mk. verurteilt. Er ließ es aber darauf ankommen und bezahlt die Strafe nicht, da er glaubte, zu Unrecht bestraft zu sein. Das Finanzamt Gotha machte jedoch kurzen Prozeß und schickte dem Landwirt Helm am 3. März einen Strafbescheid, daß er innerhalb einer Woche seine Strafe (die 10 Mk. waren inzwischen zu zwei Tage Gefängnis umgewandelt worden) in Gotha im Amtsgerichtsgefängnis anzutreten habe, wenn nicht, so werde gegen ihn polizeiliche Vorführung oder Haftbefehl erlassen.

Also so gehen heute die Finanzämter gegen die werktätigen Landwirte vor, nicht nur in Berncastel werden kleine Bauern eingesperrt, sondern auch im übrigen „freien" Deutschland. Aber noch keiner hat von uns gehört, daß man einen Rittergutsbesitzer wegen seiner Abgabenschulden an den Staat eingesperrt habe."

Wichtig für Kriegsbeschädigte!

Vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit wird uns geschrieben:

Durch einen im „Reichsversorgungsblatt" demnächst erscheinenden Erlaß wird die Frist, betreffend die Abfindungssumme des einmaligen Betrages von 50 Mark an ehemals zwanzigprozentige Kriegsbeschädigte, verlängert, und zwar bis zum 31. Mai 1926.

Nach diesem Termin eingereichte Anträge werden nicht mehr berücksichtigt.

Nach Stellung des Antrages müssen die Voraussetzungen für die Gewährung des Betrages erfüllt sein, und zwar muß der zwanzigprozentige Kriegsbeschädigte auf Grund der Novelle zum RVG. vom 30. Juni 1923 mit schonmal 100 000 Papiermark abgefunden sein und darf nicht mehr als monatlich 200 Mk. unter Abzug der Unkosten verdienen.

Die Anträge sind am zweckmäßigsten durch die Rechtsauskunftsstellen unserer Ortsgruppen möglichst bald an die Versorgungsämter zu richten.

Wirinea

4]

Roman von Lydia Sejfullina

Wasilij hatte nicht nur die Antwort des Streckenvorstandes, sondern auch noch Tabak mitzubringen. Den Ingenieur gelüstete es sehr, zu rauchen, aber er hatte weder Tabak noch Zigaretten. In diesem Loch konnte man so etwas nicht einmal kaufen. Darum unterbrach er die Alte mit ärgerlicherer Stimme, als er gewollt hatte:

„Sobald er da ist, soll er sofort zu mir kommen."

Und er brach plötzlich ab. Eine Frau hatte den Hof betreten. Das Volk war verkümmert. Selbst die weibliche Schönheit war jetzt kümmerlich und unscheinbar. Sie war von der Kleidung, von der dafür aufgewandten Mühe abhängig. Diese Bäuerin aber sah auch in den für sie zu engen, verblichenen, abgetragenen Stadtkleidern stattlich aus. Sie warf einen gleichgültigen Blick auf den Herrn und die Alte. Der Blick dieser großen, aber nicht runden Augen mit den wie Gold leuchtenden Pupillen rief im Herzen des Ingenieurs ein sonderbares Gefühl wach. Es war ihm, als hätten sich seine Augen schon lange danach gesehnt, einem solchen Blick zu begegnen. Die leichte Gebräuntheit ihres Antlitzes, die leichte, blasse Röte ihrer Wangen, ihre ebenfalls blassen Lippen, die wie ungeküßt aussahen, die strenge Linie ihrer scharf geschnittenen Augenbrauen und das matte Rotbraun ihrer glatten Haare prägten sich ihm sofort und für lange Zeit mit einer sonderbaren, beklemmenden Freudigkeit ein. Seine Füße wollten den Hof nicht verlassen. Verlegen blieb er stehen. Unentschlossen, fast verwirrt, sagte er:

„Ich könnte ja schließlich bei Ihnen etwas warten. Er wird sicher bald kommen."

Die Alte erwiderte ihm unlustig:

„Wie Sie wünschen! Es ist ja schon bald Nacht, er muß jetzt kommen."

Aus der Hütte trat wieder dieselbe Frau heraus. Sie trug einen Eimer voll Spülwasser in der Hand und sagte in unfreundlichem Tone:

„Tritt zur Seite, gnädiger Herr, sonst mach' ich Dich naß."

Da sagte die Alte unvermittelt:

„Kommen Sie doch bitte in die Hütte. Es ist bei uns zwar nicht schön, aber warum sollen Sie auf dem Hofe stehen? Treten Sie also ein."

Er fühlte, daß es besser gewesen wäre zu gehen, aber er folgte willenlos der Alten und trat in das Haus ein. Stockend und mit halblauter Stimme fragte er:

„Wer war denn das? . . . Etwa Ihre Tochter?"

Die Alte preßte die Lippen aufeinander und sagte trocken:

„Das Weib meines Sohnes."

Und da sie in ihrer verärgerten Erbitterung nicht an sich zu halten vermochte, fügte sie hinzu:

„Sie ist ihm nicht angetraut. Wir dulden sie nur im Hause. Haben Sie von dem Altgläubigen Antip gehört? Sie ist seine Nichte. Ist aus so einem guten Hause und es hat sie zu uns armseligen Leuten gezogen. Ist zum Wassika entlaufen. Sie haben sich zusammen in der Stadt drei Jahre lang gesehlos herumgetrieben. Heute sind es erst zwei Wochen, seit sie hierher gekommen sind. Haben ihre Schande ins Haus der Mutter mitgebracht. Jetzt werden sie vielleicht dem Gesetz nachkommen, so aber, wie es jetzt ist, ist's eine Schande vor den Leuten. Solange ich lebe, habe ich noch nicht gehört, daß es in unserer Familie eine solche Schmach gegeben hätte. Es wird hier allerhand von ihr geredet, von der Wirka. Sie werden wohl auch schon davon gehört haben? Guter Ruf bewahrt die Ruh', schlechter Ruf verbreitet sich im Nu."

Und plötzlich unterbrach sie sich selbst:

„Ei, so treten Sie doch ein, und nehmen Sie hier Platz."

Sie wischte mit ihrer Schürze irgend etwas von der Bank ab, die am Tisch in der vorderen Stubenecke stand. Dann strich sie mit ihrer rauhen Hand über die saubere Holzplatte des Tisches. Sie ließ ihre trüben Augen rings durch das enge, niedrige Hütteninnere schweifen. Es war wohl aufgeräumt, trotzdem aber für einen Herrn nicht geeignet. Sie seufzte auf und trat zur Seite. Der Ingenieur setzte sich. Er hätte sie gerne ausgefragt, doch fühlte er sich gehemmt. Er brachte gequälte, laue Redensarten über den Frühlingsanbruch vor, fragte sie ungeschickt und in unverständlicher Weise über die Wirtschaft aus.

Ein hölzernes Bett mit einer speckigen, aus Flicken zusammengesetzten Decke beleidigte aufdringlich sein Auge. Sollte jenes junge Weib mit den strengen Augenbrauen tatsächlich in diesem Bett schlafen? . . . Und dazu nicht allein . . . Wieder ergriff ihn Unruhe, als sie eintrat. Aus irgendeinem Grunde hielt er es für notwendig, ein paar erläuternde Worte zu sagen:

„Ich will bei Ihnen ein wenig warten, bis man mir die Antwort bringt. Werde ich Sie nicht stören?"

Ihr Mund verzog sich zu einem unfreundlichen Lächeln:

„Sie werden ja wohl die Bank nicht durchsitzen. Warum sollten Sie uns stören?"

Sie nahm einen groben Wollstrumpf von einem Wandbrett, setzte sich ruhig ans Fenster und begann zu stricken. Die Alte entschloß sich nicht, in Gegenwart des hohen Besuches zu arbeiten. Sie saß da und hatte ihre unbeschäftigten Hände, die nicht recht wußten, wo sie hinsollten, auf den Knien gefaltet. Der Ingenieur trommelte mit den Fingern auf dem Tisch. Er räusperte sich und fragte das junge Weib mit unsicherer Stimme:

„Sie sind, wie es scheint, nicht von hier? Ich weiß nicht, wie Sie heißen . . ."

Sie blickte ihn von der Seite an und lächelte. Der Glanz ihrer weißen Zähne und die Klarheit ihres offenen Lächelns ließ ihr Gesicht jünger und schlichter erscheinen. In dem Gesicht des Ingenieurs aber spiegelte es sich als einfältig freudiges Entzücken wider.

„Ich heiße Wirinea. Wir Altgläubigen haben einen eigenen Heiligenkalender. Warum interessiert Du Dich so sehr für mich, gnädiger Herr? Unterhalte Dich doch mit der Mutter. Sie hat ein längeres Leben hinter sich und ist im Reden gewandter. Noch besser aber wäre es, Sie gingen nach Hause, in Ihre saubere Stube, als daß Sie in unserem Wohlfall hier den Bauernduft einatmen. Sobald Wasilij das Verlangte gebracht haben wird, werden wir es Ihnen zustellen."

Und mit einem neuen, leicht schelmischen Lächeln, fügte sie hinzu:

„Ich werde es Ihnen bringen."

„Ja, ja, bitte. Ich werde Ihnen Ihre Bemühungen bezahlen. Sonst könnte es in der Tat mit dem Warten zu lange werden. Ich wohne weit von hier fort, dort auf dem Berge. Aber Sie unterziehen sich dann schon bitte der Mühe. Ihr Gatte wird sicher ermüdet zu Hause eintreffen, dann könnten ja Sie oder irgend jemand anderer kommen . . . Ich bitte Sie also, es mir zu bringen oder zu schicken."

Er bemühte sich, ungezwungen, mit strenger Stimme zu sprechen, aber seine Augen verrieten seine Aufregung und Gespanntheit. Als er das Wort Gatte aussprach, stockte er. Wirinea hatte es gefühlt. Sie warf der Alten einen Seitenblick zu und sagte dann trocken zum Ingenieur:

„Wer es auch sein wird, wir werden das Paket schon schicken. Es braucht ja wohl nicht umsonst sein. — Sie werden es doch sicher bezahlen. Halt, warten Sie einmal!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Radefeld. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Gasthof. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Max Wille, Schkeuditz.
Gliesien. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal Raue. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Baumgärtel, Delitzsch.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Brehna. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Piesteritz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von BL. ist anwesend.
Roitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, in der „Quelle". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Muldenstein-Friedersdorf. Gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Bahnhof. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Zschortau-Crostitz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Sonntag in Zschortau. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Baumgärtel, Delitzsch.
Zahna. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, bei Haberland. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Lehmann, Zahna.
Bitterfeld. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.
Ramsin-Zörbig. Gemeinsame Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im Gasthof. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Haby, Ramsin.
Greppin-Wolfen. Gemeinsame Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Petermann, Bitterfeld.
Eilenburg. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Leimbach. Mitgliederversammlung Sonntag, 18. April, nachmittags 3 Uhr, im Lokal Tittel. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Schildau-Sitzenroda, Kobershain. Gemeinsame Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Lokal Naumann in Schildau. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Elsterwerda-Biehla-Krauschütz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Mittwoch, den 14. April, abends 8 Uhr, in der „Guten Quelle" in Elsterwerda. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.
Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, beim Genossen Haake. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Draschwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, bei Franz. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag. Referent Genosse Gutjahr, Zeitz.
Zeitz-Grana. Stadt-Delegiertenkonferenz Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag. Referent von der BL. anwesend. Die gesamte Mitgliedschaft wird hiermit eingeladen, an der Stadt-Delegiertenkonferenz als Gäste teilzunehmen.
Roßleben. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal Berger. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von der UBL. ist anwesend.
Rasberg. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal Brühl. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag. Referent von der UBL. ist anwesend.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Empfehlenswerte Literatur

der **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Unter dem Banner des Marxismus, Band 3	3,—
Ein Jahr Arbeit und Kampf, Tätigkeitsbericht der Exekutive 1925/26	5,—
Die sozialdemokratischen Parteien Herausgegeben von E. Varga .. kartonn. 4,50 gebd.	6,—
Fürstenraub und Staatsfinanzen .... brosch.	0,30
K. A. Wittfogel: Das erwachende China gebd. 3,50 brosch.	2,50
Victor Waskow: Sieben Tage, die Japan erschütterten	0,80
Die Frau im neuen Rußland, Bericht der englischen gewerkschaftlichen Frauendelegation	0,50

Schöngeistige Bücher

Sonder-Angebot!

U. Sinclair: Hundert Prozent (vergriffen)	
" " : Nach der Sintflut .... statt 3,00 nur	1,50
J. Dos Passos: Drei Soldaten .... statt 4,00 nur	1,50
Janos Gyetvai Eine Nacht	0,60
Sejfullina: Wirinea .... halbl.	5,—
Lawrence H. Desberry: Ejus .... gebd. 4,50 brosch.	2,50

Günstiger Gelegenheitskauf!

Fingerringe

in allen Größen, echter synthetischer Rubin, Silber 830/000, Hammer und Sichel in Feingoldeinlage. **Preis nur 2,50 M.**

Derselbe Ring in Alpaka nur 1,50 Mark

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag. Fortsetzung des Parteikerns fällt aus. Dafür restlose Beteiligung am Informationsabend in der Produktiv-Genossenschaft.
Mittwoch. Achtung, Zehnerschaftsführer, von 6 bis 8 Uhr Abrechnung sowie Ablieferung der Fragebogen. Alle Mitglieder, welche Zeitungen zum Verkauf erhalten haben, müssen diese sofort abrechnen.
Donnerstag, 8 Uhr, im „Volkspark" Generalprobe. Alle am Theater Mitwirkenden haben zu erscheinen.
Ammendorf. Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" Diskussion über „Die Lehren des Jugendtages".
Ammendorf. Mittwoch, 14. April, Musikübungsstunde beim bekannten Genossen. Vollzählig erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 13. April, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, da wichtige Tagesordnung vorliegt.
Zschortau. Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Sonntagschen Gasthof Mitgliederversammlung. Erscheinen jedes Einzelnen ist Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 13. April, Vortrag „Warum 2000 Arbeitslose in Zeitz" (Referent Genosse Gutjahr).
Weißenfels. Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus gemeinsame Sitzung mit KPD., RFB., Gewerkschafts- und Sportkartell. Alle Funktionäre der Jugend müssen erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Bezirk 2 (Süden). Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im Lokal Neubert, Beesener Straße, Ecke Bugenhagenstraße, Bezirks-Pflichtversammlung.
Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Bezirks-Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.
Bezirks- und Abteilungsführer. Dienstag, 13. April, abends 7 bis 9 Uhr, im „Volkspark" Abrechnung der Sparmarken.
Bezirk 3 (Westen). Die für heute festgesetzte Versammlung muß wegen Lokalschwierigkeiten ausfallen.

Jungfront

Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.
Bezirk 4 (Norden). Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirks-Pflichtversammlung.

Untergau Saalkreis

Diemitz. Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, bei Royk Pflichtversammlung.
Dieskau. Freitag, 16. April, Lokal Rühlemann Pflichtversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 14. April, ½8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung. Eine Stunde vorher Rote Jungfront.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, Sitzung des Vorstandes und der gesamten Funktionäre. Freitag, 16. April, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Regelung der Fahrt nach Berlin.

Magdeburg-Anhalt

Jeßnitz. Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr, Antreten im „Volkshaus" zwecks Teilnahme an der öffentlichen Versammlung. Spielleute ohne Instrumente. Marschanzug.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Heute, Dienstag, 8 Uhr im „Volkspark" (Mittelzimmer) Sitzung der Vorstände sämtlicher proletarischer Organisationen: Stellungnahme zur Reichsgesundheitswoche. Engerer und erweiterter Vorstand der IAH. müssen erscheinen.
Ammendorf. Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Elstertal". Alle Einzel- und Korperativmitglieder haben unbedingt zu erscheinen.

Filmaufführungen „Sein Mahnruf"

Gerbstedt. Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr im Lichtspielhaus.
Schkeuditz. Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Lichtspielhaus.
Weißenfels. Freitag, 16. April, vorm. 9½ Uhr, nachm. 3 Uhr, abends 6½ und 9 Uhr im „Volkshaus".
Zeitz. Freitag, 16. April, bis Dienstag, 19. April, Lichtspiele.
Merseburg. Freitag, 16. April, bis Sonntag, 18. April, Kammerlichtspiele.

Chinakundgebungen

Bitterfeld. Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".
Teuchern. Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, „Grüner Baum".
Gröbers. Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Möslein, Osmünde.
Halle. Sonntag, 18. April, vormittags 10 Uhr, abends 8 Uhr, im „Volkspark".
Wittenberg. Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, Freudenbergs Lokal.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Piesteritz. Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Werbeabend.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 **(Volkspark)** ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung. Harz 42/44

Stadt-Theater

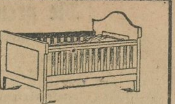
Heute Dienstag 8 Uhr **„Marietta"**
Die 4. Rate der Dienstag-Stammkarten muß heute an der Kasse eingelöst werden
Mittwoch 8 Uhr **Der Mazurka-Oberst**
Donnerstag 8 Uhr **Beatrize u. Benedikt** hierauf **Gianni Schicchi**

Walhalla

8 Uhr. Tel. 8385
Nur noch bis Donnerstag:
Krone u. Fessel
Freitag z. 1. Mal:
Das Mädchen ohne Ehre
Volksstück mit Gesang u. Tanz
Vorverkauf eröff. Kasse ab 11 Uhr

Ledersohlen Gummiabsätze
billig bei **Wilh. Kranig** 60
Neue Promenade 15

Spezial-Mehl-Handlung Futter-Artikel, Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, ff. Wurstwaren
Tauch's Nachflg. Fritz Bartoschit
Merseburg, Preußerstr. 4



Das gute
Kinderbett
aus Holz oder Metall zu haben in **größter Auswahl und günstigsten Preisen**
nur bei
Bruno Paris
Bettenhaus
Kleine Ulrichstraße 2
Kinderwagenhaus
1378 Brüderstraße 2

Bekanntmachung

Großer Frühjahrs- und Pferdemarkt vom 18. bis 20. April 1926 in Eisleben auf der Wiese (Pferdemarkt nur am 19. April)
Volksbelustigungen aller Art, Schaubuden, Verkaufs- und Verlosungshallen in großer Zahl vorhanden
Eisleben, den 10. April 1926
*1370 **Der Magistrat**

Konsum- u. Produktiv-Verein zu Zeitz, eGmbH.

Wir empfehlen:
Wollmusseline, Waschmusseline, Wollcrêpe, Waschseide, Kleiderstoffe, Sommerjoppen, Windjacken, Flor- und Baumwollstrümpfe, Söckchen Sandalen
Warenabgabe nur an Mitglieder!

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 12 301 bis 15 556 (Monat August 1925, Pfandscheine in rotem Druck) wird vom **4. Mai 1926** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.
Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände, Brillantsachen,** ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk,** neue und getragene **Kleidungsstücke** und verschiedene andere Sachen
Halle a. d. S., den 12. April 1926 71
Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

WERBEDRUCKE

ZEITSCHRIFTEN PLAKATE · KARTEN ROTATIONSDRUCK WERKE · LIEFERT

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH.,
Halle an der Saale, Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Anschluß Nr. 1045, 1047, 2251

Bekanntmachung

Ertragsgewerbesteuer-Erklärung für 1925 und 1926
Zufolge Runderlasses des Preußischen Finanzministers, des Ministers d. Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 30. März d. J. ist die Frist zur Abgabe der Gewerbesteuer-Erklärung bis zum 24. d. M. verlängert worden
Delitzsch, den 9. April 1926
Der Vorsitzende des Gewerbesteuer-Ausschusses für die Stadt Delitzsch *1373

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen**
Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Nach schwerem Leiden verschied am 12. April unser guter, lieber Vater, der **Kesselschmied**
Gustav Bachmann
im Alter von 67 Jahren
Die trauernden Hinterbliebenen
Henriette Bachmann geb. Voigt und Kinder 1375
Beerdigung Donnerstag, 15. April, mittags 11½ Uhr, von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes

Am Sonntag, 11. April starb nach langem Leiden, der Handelsmann **Paul Lange** im 41. Lebensjahre
Einäscherung f. Donnerst. 2 Uhr statt

Ueberzeugte Genossenschafter beziehen nur die Fabrikate der GEG

Aus den Betrieben

Schafft Zellenzeitungen!

Erste genossenschaftliche Betriebszeitung

Als erste kommunistische Betriebszeitung eines Genossenschaftsbetriebes der Schweiz ist in Basel die „A.-G.-B." erschienen. Die Zeitung bringt Korrespondenzen aus den Betrieben der Genossenschaften, Nachrichten über die Geschäftspraxis und die Funktionäre des Allgemeinen Konsumvereins Basel. Ernste Nachrichten wechseln mit humoristischen und satirischen Beiträgen ab. Die Zeitung findet nicht nur bei den AGB.-Arbeitern und -Angestellten großes Interesse, sondern auch unter der zahlreichen Mitgliedschaft des Konsumvereins. Die Union-Buchhandlung übernahm den Vertrieb der Betriebszeitung.

Lehren der Betriebsratswahl der Thompson-Werke, Wittenberg

Wie bereits berichtet, ist die Wahl bei den Thomson-Werken für die freien Gewerkschaften ungünstig verlaufen. Wenn wir die Ursachen suchen für dieses Resultat, so kommen wir zu folgenden Schlüssen: Die Liste 2 setzte sich aus organisierten und unorganisierten Arbeitern zusammen. Die Drahtzieher dieser Liste sind das Angestelltenratsmitglied Spangenberg und zum andern der Schlosser und Gemüsehändler Albert Schleußner, hinter denen als Auftraggeber die Werksleitung stand. Der Auftrag lautete: **Um jeden Preis fort mit dem Kommunisten Behnke!** Spangenberg tat dem Herrn Krüger diesen Dienst, weil er diesem gegenüber verpflichtet ist — eine Hand wäscht die andere — und weil er zum andern dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein auf die Beine zu helfen gedenkt, da er selbst Vorsitzender des GdA. ist. Ob Schleußner aus persönlichem Haß handelte, oder um den jetzt bereits innegehabten Meisterposten endgültig zu behalten, ist nicht klar. Jedenfalls ist Schleußner zu feige gewesen, dem Bezirksleiter Rößler vom DMV. über die ganze Angelegenheit Rede und Antwort zu stehen. Als Rößler extra deswegen nach Wittenberg kam, wählte Schleußner den besseren Teil der Tapferkeit und — kam nicht zu der Sitzung. Das Ausschlußverfahren ist eingeleitet.

Mit Hilfe dieser Elemente, zu denen sich noch einige gesellten, die teils aus Verhetzung, teils um angenehm aufzufallen, die wüste Hetze gegen die Liste Behnke mitmachten, gelang der Werksleitung die Kalkulierung von Behnke nicht — dieser und Schlüter, also zwei Kommunisten, sind ja wiedergewählt — **aber es gelang, die bisher einige Belegschaft zu spalten.** Unter der Maske freigewerkschaftlicher Zugehörigkeit ist es Schleußner und Anhang gelungen, was der Werksleitung nie gelungen wäre.

Allerdings trägt auch der Fabrikarbeiterverband einen großen Teil mit Schuld dadurch, daß Behnke 1½ Jahr aus dem Verband ausgeschlossen war, was ihm und den übrigen Funktionären die Agitationsarbeit natürlich sehr erschwerte. Kurz nach dem Ausschluß Behnkes gelang es ihm und den andern Kollegen trotzdem, **über 40 Neuaufnahmen für den FAV. zu machen.** Als aber der Hauptvorstand immer und immer wieder die Wiederaufnahme ablehnte, da warfen viele Neueingetretene trotz allen Zuredens die Flinte ins Korn. Und so konnte dann der Boden langsam, aber sicher, für die Ziele der Werksleitung und des Aufarbeitervertreters Spangenberg vom GdA. vorbereitet werden. **Die Quittung für das kurzsichtige Verhalten der Instanzen des FAV.** liegt jetzt vor. Die Wiederaufnahme Behnkes ist jetzt zwar erfolgt, aber sie konnte nichts mehr ändern.

Die Wirkungen dieser Vorgänge im Werke werden sich bald zeigen — zum Schaden der Belegschaft. Unsere Kollegen werden **alle ihre Kraft einsetzen,** um Schlimmes zu verhüten. Sie können das aber nur, wenn die Belegschaft ihre Fehler einsieht und — trotz alledem wieder restlos in die freien Gewerkschaften zurückkehrt.

Betriebsratswahlergebnisse

Hermann Bertram, Halle, Bäckereimaschinenfabrik: **4 KPD., 2 Parteilose.** (1925: 3 KPD., 2 Parteilose.)

14 Grubenbetriebe (Mitteldeutschland): 89 Freigewerk., 4 Gelbe.

Berichtigung

Bei der Firma Eberhardt, Merseburger Straße, sind in den Betriebsrat gewählt: 5 KPD., 1 Sympathisierender und 2 Industrieverbändler. (Im Jahre 1925: 1 KPD. und 5 Sympathisierende.)

Entlassungen auf den Gruben

Auf **Grube Leopold,** Franzkohlenwerk Gerlebogk, sind Ende März 54 Kameraden entlassen worden. 80 sollen, wie verlautet, insgesamt entlassen werden. Es ist seit längerem eine Feierschicht eingelegt und auch Lohnabbau durchgeführt. Pro Wagen werden 4 Pf. von dem früheren Lohn abgezogen, so daß nur noch **26 Pf. pro Wagen** gezahlt werden.

Auf Grube „**Gute Hoffnung**" bei Weißenfels sind willkürliche Entlassungen vorgenommen worden; ältere Arbeiter, die viele Jahre als Ausbeutungsobjekte gedient haben, setzt man auf die Straße. Das ist die in den Wahlversammlungen von dem **Inspektor Krüger** seinerzeit so viel propagierte „Volksgemeinschaft"!

Die geplante Zwangssyndizierung

der deutschen Zigarettenindustrie

H. Wi. Die deutsche Zigarettenfabrikation befindet sich seit Beginn der Stabilisierung in einer schweren Krise, die durch eine wilde, spekulative Ueberproduktion trotz des gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 150 Prozent gestiegenen Konsums hervorgerufen wurde. Während im Jahre 1913 13 Milliarden Zigaretten in Deutschland verbraucht wurden, waren es im Jahre 1925 allein in den drei letzten Quartalen 31 Milliarden Stück, die aber dennoch vom Angebot weit überholt wurden. In den letzten Monaten hat sich die Krise außerordentlich verschärft, da der Konsum durch die ständig wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sprunghaft zurückging, wie folgende Zahlen zeigen:

Zur Versteigerung gelangten Zigaretten im:

2. Quartal 1925	15 Milliarden Stück
3. Quartal 1925	12,5 Milliarden Stück
4. Quartal 1925	3,3 Milliarden Stück.

Infolge dieser Krise ist eine ständig wachsende Konzentration in der Zigarettenindustrie und eine fortschreitende Abhängigkeit der deutschen Zigarettenfabrikanten von den ausländischen Lieferanten, die die angewachsenen Außenstände für gelieferte Tabake in ständige Beteiligungen an den belieferten Firmen verwandeln. Auf diese Weise entstanden bisher zwei große deutsche Zigarettenkonzerne, die zusammen weit über 50 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenproduktion beherrschen, das sind: 1. der Reemtsma-Jasmatzi-Konzern, dem die bekannten Zigarettenfabriken Reemtsma-A.-G., Kammitri-A.-G., Hadges-Nessip, Manoli-A.-G., Josetti, Konstantin, Delta, Sulima und die Adler-Kompagnie neben verschiedenen kleineren Fabriken angehören. Als Dachgesellschaft des Konzerns fungiert die holländische Caland-Gesellschaft, deren Kapital sich auf 25 Millionen Mark beläuft. Die früher bestehende Verbindung mit der amerikanischen Standard Commercial Tobacco Co. scheint aufgelöst zu sein. 2. der zweite wichtige Konzern steht unter der Kontrolle des griechischen Tabakhändlers Kiacim Emin Bey (Saloniki) und umfaßt die Firmen Zuban, München, Waldorf-Astoria, Stuttgart, Schloß Tiefurth, Berlin, und Lystadt, Frankfurt. Die Produktion dieses Konzerns beträgt etwa 15 bis 20 Prozent der deutschen Gesamtproduktion, während die des Reemtsma-Jasmatzi-Konzerns auf etwa 40 Prozent zu schätzen ist.

Die ständig anwachsenden Steuerschulden der kleinen und mittleren Fabriken haben als die weitere, sehr wichtige Folge gezeitigt, daß der Fiskus, um dieser Steuerschulden durch Bankrott der Firma nicht ganz verlustig zu gehen, diese Schulden genau so wie die ausländischen Lieferanten in Beteiligung umwandelte. In Kreisen der Zigarettenfabrikation wurde deshalb schon von „kalter Sozialisierung" gesprochen. Diese Beteiligungen des Staates mit Steuergeldern, die von den Massen bezahlt wurden, bewirken die künstliche Erhaltung kleiner Betriebe, an denen der Staat nur ständige Verluste hat, während die großen mit Gewinn arbeitenden Konzerne sich durch Auslandskapital stützen lassen und die Kleinbetriebe niederzukonkurrieren suchen.

Wenn jetzt die Wirtschaftsgemeinschaft der Zigarettenindustrie durch einen vorgelegten Gesetzentwurf über die Zwangssyndizierung der Zigarettenindustrie die Krise überwinden will, so geht auch diese „Rettung" **einzig und allein auf Kosten der steuerzahlenden Massen und der kleinen und Mittelbetriebe** in der Zigarettenindustrie, da sie von den großen Konzernen in jeder Frage ohne weiteres überstimmt werden können. Der § 9 des Gesetzentwurfes lautet nämlich: „Jeder Betrieb hat nur eine Stimme, doch erhöht sich das Stimmrecht bei Betrieben, die im letzten Kalenderjahr mehr als 10 Millionen Zigaretten herstellten, auf zwei Stimmen, 20 Millionen herstellten, auf drei Stimmen, 50 Millionen Zigaretten herstellten, auf vier Stimmen, 100 Millionen Zigaretten herstellten, auf fünf Stimmen usw., bis auf acht Stimmen bei Betrieben, die mehr als 750 Millionen Zigaretten herstellten." Da die Konzerne allein über 50 Prozent der deutschen Gesamtproduktion herstellten, können sie also in diesem Syndikat **stets die kleinsten Fabriken überstimmen.**

Gegen diese Zwangssyndizierung, deren Nutznießer letzten Endes nur die großen Konzerne und der ausländischen Geldgeber sind, und die zu einem Zigarettenmonopol in Privathand führen würde, das seine Stellung natürlich auch zu rücksichtslosem Lohndruck ausüben würde, muß die Arbeiterschaft den **Kampf um die Verstaatlichung der gesamten Zigarettenindustrie aufnehmen.** Diese Verstaatlichung darf natürlich nicht in der Form vor sich gehen, daß bankrotte Unternehmen staatliche Zuschüsse erhalten, wie es jetzt geschieht, sondern sie kann nur Erfolg haben, wenn sie ein **staatliches Tabakmonpol wird, das durch die Arbeiter und Konsumentenorganisationen kontrolliert wird.** Gleichzeitig damit müssen die den Verbrauch belastenden Banderolsteuern beseitigt werden.

Aus dem Michelkonzern

Die rechte Hand des Direktors Keil

Ueber den Direktor Keil des **Michelwerkes Groß-Kayna** haben wir schon öfter im „Klassenkampf" berichtet. Keil hat sich ja auch im Merseburger Provinziallandtag der Arbeiterschaft schon zur Genüge vorgestellt. Die rechte Hand dieses Herrn Keil ist Dr. Walter Mundt, der Direktor des Stahlwerkes Becker im Rheinland, das vor einiger Zeit dem Michelkonzern einverleibt worden ist. Dieser Direktor steht jetzt in Krefeld **unter schwerer Anklage.** Die „Welt am Abend" berichtet darüber:

„Drei Jahre sind es her, und heute soll man endlich erfahren, was die entscheidenden Ursachen des Zusammenbruches waren, der seinerzeit nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande aufsehenerregende Bedeutung hatte. 107 Zeugen sind vorgeladen. Zwei der prominentesten Rechtsanwälte Deutschlands haben die Verteidigung übernommen. Angeklagt sind der frühere Direktor des Stahlwerks Becker, Dr. Walter Mundt, der Schwiegersohn des verstorbenen Generaldirektors und Gründers dieses bekannten Werkes, und des ersteren Bruder, Richard Mundt. Schon einmal standen sie vor Gericht. Und damals wurden sie, wie das „8 Uhr-Abendblatt" bereits meldete, zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe und einer noch empfindlicheren Geldstrafe verurteilt. Sie legten Berufung ein. Die Strafe für Richard Mundt lautete noch höher. Die daraufhin eingelegte Revision beim Reichsgericht in Leipzig wurde angenommen. Und heute hat sich das Krefelder Gericht **zum dritten Male** mit der Affäre zu beschäftigen.

Es wird ihnen in der Hauptsache vorgeworfen, daß sie auf Grund des damals gültigen Reichsgesetzes Notgeld anfertigen wollten. Auf Grund dieses Beginnens kaufte **Dr. Walter Mundt für das Stahlwerk Dollarschatzanweisungen im Betrage von zirka 100 000 Dollar.** Die Operation glückte. Als sie geglückt war, **schrieb er die Dollarschatzanweisungen auf seinen Namen über und ließ die Schatzanweisungen wieder dem Stahlwerk und bekam dafür sehr hohe Zinsen, so daß aus den 100 000 Dollar im März eine Forderung von einer Million Goldmark geworden war.** Des weiteren wird ihnen vorgeworfen, französische Gesellschaften mit dem Gelde des Stahlwerks gegründet zu haben. Das Spesenkonto dieser Gesellschaften ist teilweise höher als das Gründungskapital. Wo aber die restlichen Summen geblieben sind, darüber gibt auch die Anklageschrift keine Auskunft, und die Verhandlung muß es erweisen. Unlautere Obligationsgeschäfte bilden den Rest der Anklage. Ueber alles dieses wird die Verhandlung Auskunft geben, die sich während der nächsten Tage abspielen wird."

Das sind die „Herren", von denen die Bergarbeiterschaft bis aufs Blut ausgesaugt wird! Wie lange noch will die Arbeiterschaft das dulden?

Riebeck Montan schindet neue Dividenden aus den Arbeitern

WTB. Riebeck Montanwerke A.-G., Halle. Wie verlautet, kann für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr zum ersten Male wieder mit einer Dividendenverteilung gerechnet werden, die allerdings wohl kaum über 8 Prozent liegen wird. Neuerliche Meldungen sprechen von einer **Dividende von etwa 5 Prozent.** Die Abschlußarbeiten sind noch nicht beendet.

*

Die **Prehlitzer Braunkohlen-A.-G.** in Meuselwitz erzielte einen Reingewinn von 573 922 Mark (im Vorjahre 301 443 Mark). Davon verteilt sie 15 Prozent auf die Stammaktien (im Vorjahre 8 Prozent) und 10 Prozent auf die Vorzugsaktien. Die Bilanz ist gegenüber dem Vorjahr gebessert.

Zur Reichsgesundheitswoche

erbitten wir von unseren Arbeiterkorrespondenten, und zwar schon vom heutigen Tage an, neben Berichten über gesundheitliche Angelegenheit auch die

Einsendung von Lohntüten,

Berichte über die Lohnspanne zwischen den einzelnen Kategorien, Statistiken über Unfälle und Krankheiten, die mit dem Raubbau der Arbeitskraft, Hungerelend usw. zusammenhängen, über die Auswirkung der Rationalisierungmethoden (technische Neuerungen) und dergleichen mehr.

Die Redaktion.

Die Kohlenkrise in England

(Schluß.)

Der Bericht der Kohlenkommission

Hat sich weder für das eine noch für das andere Projekt ausgesprochen, sondern eine Lösung formuliert, die aber nur scheinbar ein Kompromiß darstellt, während sie in Wirklichkeit die schwersten Gefahren für die englischen Bergarbeiter birgt. Der Bericht sieht **Dauermaßnahmen** und **sofort notwendige** Maßnahmen vor. Zu den ersten gehören sämtliche Vorschläge, die sich mit der **Umbildung des Bergbaues** befassen. So soll der Staat zur **Ablösung der Gerechtsame** (des Eigentumsrechts des Grundbesitzers an den Bodenschätzen) aufgefordert werden. Ferner wird die **Vereinigung der bestehenden Gruben** vorgeschlagen, eine Maßnahme, die um so notwendiger erscheint, als in England 1400 Unternehmungen mit 2500 Zechen existieren, während das Ruhrgebiet mit zwei Fünftel der englischen Leistungsfähigkeit nur 70 Unternehmungen aufweist. Dann wird der **Zusammenschluß mit anderen Industrien** gefordert, die in einem Brennstoff- und Kraftaustausch zusammengefaßt werden sollen. **Versuchsarbeiten** zur **Erforschung neuer Methoden** für die Gewinnung und Nutzbarmachung der Kohle sollen mit staatlicher Hilfe gefördert werden. Besonders soll das **Schwelverfahren** ausgebaut und die Gewinnung von **Oel aus Kohle** entwickelt werden. Weiterhin werden **genossenschaftliche Verkaufseinrichtungen** gefordert, deren Notwendigkeit besonders für den Außenhandel ausführlich dargelegt wird. Der **Kleinverkauf von Kohle** durch die Gemeindebehörden wird empfohlen. **Verbesserungen im Transportwesen** werden als dringend notwendig bezeichnet. Den Arbeiterfragen widmet der Bericht ebenfalls seine Aufmerksamkeit, indem er den Ausbau der Wohlfahrtseinrichtungen und Gewinnbeteiligung der Arbeiter vorschlägt.

Wichtiger als diese Vorschläge für eine Umbildung des Bergbaus auf lange Sicht sind die **Maßnahmen, deren Durchführung sofort gefordert wird.** Zunächst soll der **Sicatzzuschuß** mit Ablauf der gesetzlich festgelegten Zeit (30. April 1926) eingestellt und nie wieder eingeführt werden. Die Forderungen der Unternehmer auf **Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne usw.** werden als über das notwendige Maß hinausgehend abgelehnt. Dagegen schlägt die Kommission für den Fall der Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit gewisse Lohnreduktionen vor, mit der tröstlichen Versicherung auf eine Besserung der Löhne für den Fall einer Steigerung der Preise. Unternehmer und Arbeiter werden aufgefordert, auf der Grundlage des Berichts zu verhandeln. Die **Schließung einer Anzahl Gruben** ist nach Ansicht der Berichterstatter unvermeidlich. Für eine eventuelle Verpflanzung von Arbeitern in größerem Umfange sollen von der Regierung die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Dieser Bericht hat weder bei den Grubenbesitzern noch bei den Bergarbeitern übermäßigen Beifall gefunden. Die Grubenbesitzer bestehen nach wie vor auf ihren Forderungen und betrachten die vorgeschlagenen Maßnahmen als staatssozialistisch. Auf der anderen Seite hat der bekannte, auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung stehende Bergarbeiterführer Cook in einer Versammlung in London am 30. März erklärt, daß die Bergarbeiter am Ende ihrer Geduld angelangt seien. In außerordentlich scharfen Ausführungen hat er sich gegen die Zusständigkeit der aus Laien zusammengesetzten Kommission gerichtet. Er hat darauf hingewiesen, daß die englische Arbeiterschaft entschlossen sei, **den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen.** Eine Zusammenkunft der Delegierten der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter am 1. April, in deren Verlauf die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit vorschlugen, ist **ohne Ergebnis** geblieben. Nach verschiedenen Meldungen soll in den **Kabinettsberatungen** der englischen Regierung bereits eine vorläufige **Verlängerung** der Subventionspolitik um weitere drei Monate vorgeschlagen worden sein, um den Uebergang zu erleichtern. Falls sich dieses Gerücht bewahrheiten sollte, so würde dies erneut die Verlegenheit kennzeichnen, in der sich die englische Regierung befindet. Allerdings ist die englische Bourgeoisie eifrig dabei, sich auf die unausbleibliche Auseinandersetzung vorzubereiten. Eine **Streikbrecherorganisation,** ähnlich der deutschen Teno, ist bereits gebildet und wird fieberhaft ausgebaut.

Die im Amsterdamer Frachtwasser schwimmende Bergarbeiterinternationale ist noch weit davon entfernt, von radikalen Worten zu revolutionären Handlungen überzugehen, Leute vom Schlage eines Frank Hodges in England und Löffler (ehemaliger Vorsitzender des Reichskohlenrats) in Deutschland erbitten das Allheilmittel in einer Verständigung der englischen und deutschen Kohlenkapitalisten. Hodges hat sich bei seinem Besuch im Ruhrgebiet während des vorigen Jahres vor Bewunderung über das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat nicht fassen können. Löffler hat seinerzeit in einem längeren Artikel im „Vorwärts" diesen Faden weitergesponnen. Er führt aus, wie die Befriedung der kämpfenden Kohlenkonkurrenten von allergrößtem Segen für die Menschheit wäre. Dabei hat er übersehen, daß eine Verständigung des englischen und deutschen Bergbaus, die doch nur eine Verständigung der englischen und deutschen Kapitalisten darstellt, zwar dem Unternehmer alle, dem Arbeiter aber keine Vorteile bringt.

Die reformistische Einstellung eines Teiles der Führer der Bergarbeiterinternationale hat schließlich auch dazu geführt, auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf zu beantragen, eine internationale Untersuchung über die Verhältnisse im Bergbau vorzuschlagen. In der auf dieser Konferenz angenommenen Entschließung wird ausgeführt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Ursache in der Konkurrenz der am Kohlenhandel beteiligten Länder haben und daß es notwendig sei, diese Konkurrenz durch internationale Vereinbarungen auszuschalten. Um die Durchführung dieser Vereinbarungen zu erleichtern, soll die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen auf internationaler Grundlage erstrebt werden. Wie man sieht, ist an keiner Stelle davon die Rede, daß das Proletariat selbst etwa Aktionen zur Behebung der Kohlenkrise in revolutionärem Sinne unternehmen könne. Die englische Bergarbeiterschaft aber in ihrer Masse hat begriffen, daß dies notwendig ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Schulentlassene!

Heute abend ½8 Uhr treffen sich alle Schulentlassenen, die an der diesjährigen Jugendweihe teilgenommen haben, zu einer wichtigen Nachbesprechung in der Produktiv-Genossenschaft. Auch die Eltern der Schulentlassenen sind hiermit eingeladen.

Die Leiter des Vorbereitungsunterrichts.

Heraus aus dem Religionsunterricht!

Am 15. April 1926 beginnt das neue Schuljahr 1926/27. Neue Kinder treten mit diesem Tage in die Schulen ein, wo sie durch die reaktionären Lehrer das Gift einer kapitalistischen Erziehung eingeimpft bekommen. Geschichte, Gesang und Religionsunterricht, das sind die Lehrfächer, in denen die Schulkinder fürs ganze Leben am meisten verdummt werden. Es werden aber nicht nur die 2000 neu eingetretenen Schulkinder verdummt, sondern alle Kinder, welche die Schule besuchen müssen, sollen zu Dienern des Kapitalismus und zu Feinden des revolutionären klassenbewußten Proletariats erzogen werden. Der Religionsunterricht ist von allen für die Arbeiterkinder der gefährlichste. Es ist jedoch allen Eltern die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden.

Alle Schulentlassenen, jungen Arbeiter und Arbeiterinnen besuchen den

WERBE-ABEND

am Freitag, dem 16. April, im kleinen Saale des „Volkspark“.

Zur Aufführung gelangen fünf Szenen aus der proletarischen Jugendbewegung

Eintritt für alle Schulentlassenen frei!

Kommunistischer Jugendverband / Ortsgruppe Halle

Nach Rücksprache mit einem Volksschullehrer von Halle ist der **15. April d. J. der letzte Termin zur Abmeldung vom Religionsunterricht.** Wir richten hiermit an alle Arbeiter den Ruf: **„Heraus mit Euren Kindern aus dem Religionsunterricht.“ Am 15. April, wenn die Schule wieder beginnt, darf kein Arbeiterkind ohne die Abmeldung vom Religionsunterricht zur Schule gehen. Tausende von Abmeldungen müssen am ersten Schultag und letzten Termin zur Abmeldung in der Schule abgegeben werden.**

Arbeiter, Genossinnen und Genossen! Brecht endlich mit der Kirche! Laßt Eure Kinder nicht durch den Religionsunterricht zu Verrätern an der Arbeiterschaft erziehen!

Heraus aus dem Religionsunterricht!

*

So genügt die Abmeldung:

Hiermit melde ich meinen Sohn (Tochter) . . . . . geboren am . . . . . zu . . . . ., wohnhaft zu Halle a. d. S., ... Straße Nr. . . . vom 15. April 1926 an vom Religionsunterricht ab

Unterschrift!

Name, Beruf, Wohnung.

Sämtliche proletarischen Organisationen

von Halle entsenden heute (Dienstag) ein Vorstandsmitglied zum „Volkspark“, wo der Arbeitsplan für die Reichsgesundheitswoche festgelegt werden soll. Es gilt, den Belehrungen und Ermahnungen, die die herrschende Klasse durch die Regierungsstellen dem Volke erteilen will, die Not der werktätigen Schichten und ihre Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage entgegenzustellen. Keine Organisation darf bei dieser Veranstaltung fehlen.

Achtung, Mitglieder des Einheitskomitees!

Heute, Dienstag, dem 13. April, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, eine wichtige Sitzung des Einheitskomitees statt. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Einheitskomitee zur Durchführung des Volksentscheids.
J. A.: Karl Wallrodt.

Auch der Wehrwolf heult, wenn er getreten wird

Während der Wehrwolf Manöverbälle feiert, sitzen seine Führer düster da und denken darüber nach, wie sie wohl die Scharte auswetzen können, die ihnen die Veröffentlichungen des „Klassenkampf“ über ihren Bundesführer beigebracht haben. Das geht sehr deutlich aus der letzten Nummer des „Wehrwolf“ — gedruckt bei Karras & Könnecke — hervor, wo der stellvertretende Bundesführer Max Wendt eine furchtbare Schimpfkanonade losläßt. „Ohnmächtige Wut“, „Geschrei“, „Giftspritze aus dem Hinterhalt“, „verleumderische Angriffe“, „Rappfülzen“, „Ausrottung solcher Giftpflanzen“, das ist der Jargon der Züllingerschen Oberdeutschen, mit dem sie aber nicht vertuschen können, daß sie auf unsre Angriffe im Grunde gar nichts zu sagen ahben. Herr Wendt hat nämlich mit großer Geste erklärt, es erübrige sich für ihn, auf Einzelheiten einzugehen, und er wird schon wissen, warum er so großzügig tut. Er kann nämlich nicht darauf eingehen, es sei denn, er müsse alles von uns vorgebrachte Tatsachenmaterial als vollkommen richtig anerkennen. Denn:

Trifft es vielleicht nicht zu, daß der hallische Wehrwolf Verbindung mit schwarzen Reichswehrformationen in Leipzig hatte?

Daß der Studienrat Zander von diesen Dingen unterrichtet war?

Daß eine Exkursion nach Nürnberg unternommen und eine in die Lüneburger Heide geplant war?

Hat das Reiterregiment Torgau keine „zuverlässigen jungen Leute“ angefordert?

Hat man nicht Zabel, den man jetzt von sich abschüttelt, die Verbindungskorrespondenz darüber anvertraut gehabt?

(Der Staatsanwalt hat sich darum anscheinend noch nicht gekümmert; aber wie kann man das von einem deutschen, insbesondere von einem hallischen Staatsanwalt verlangen!)

Trifft es nicht zu, was von Herrn Kloppe und seiner von Gummiknüppeln bedeckten Wohnung im „Klassenkampf“ gesagt worden ist?

Darauf bleibt der stellvertretende Bundesführer die Antwort schuldig und wird sie wohl auch weiter schuldig bleiben. Aber Herr Kloppe würde sich doch sicher gern dazu äußern, wenn er nicht gerade zufällig verreist wäre?

Wir können jedenfalls stolz darauf sein, daß sich unter den hallischen Wehrwolfheiden ausgerechnet eine Reihe Schulmänner befinden, seien sie nun Volksschullehrer oder Erzieher der Bourgeoiskinder. Es ist ein äußerst staatserhaltendes Kleeblatt, das sich da aus den Herren Kloppe, Zander und Asmus zusammensetzt, und es bleibt nur abzuwarten, wie lange die Schulbehörden, die doch angeblich immer für Entpolitisierung des Unterrichts eintreten, diese reaktionären Hetzbrüder ungestört unterrichten lassen wollen.

Die „Hallischen Nachrichten“ und der „Kommunistenüberfall“

(Arbeiter-Korrespondenz)

Die allezeit „objektiven“ „Hallischen Nachrichten“ haben sich letzthin wieder einmal ein Bravourstück von Objektivität geleistet. Sie brachten vor einigen Tagen eine Notiz im lokalen Teil mit folgendem Wortlaut:

Hallenser Wehrwolf-Leute, die zu einer viertägigen Wanderfahrt nach Hinsdorf in Anhalt sich zusammengefunden hatten, wurden in der Nacht zum zweiten Ostertage von etwa 100 Kommunisten überfallen. Nach einer schweren Schlägerei konnten die Haupträdelsführer der Kommunisten festgenommen werden. Von den Wehrwolf-Leuten wurden acht verwundet, darunter einer so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Kommunisten hatten mehr als 20 Verwundete.

Die „Hallischen Nachrichten“ sind ihrer Sache diesmal so sicher, daß sie die Worte „Vom Wehrwolf wird uns mitgeteilt“ gar nicht davorgesetzt haben, die sonst immer vor derartigen Meldungen stehen. Um eine solche Notiz ohne Vorbehalt zu bringen, muß man schon ein tüchtig verklettertes Gehirn haben. Und das scheint bei den „Hallischen Nachrichten“ so der Fall zu sein, daß man auch an ihrem Aufkommen zweifeln muß.

Was hat sich nun eigentlich in Hinsdorf abgespielt: Lassen wir hier einmal eine sozialdemokratische Zeitung sprechen, die ja bekanntlich nicht so schnell bereit ist, für Kommunisten eine Lanze zu brechen. Das Dessauer „Volksblatt“ schreibt hierzu folgendes:

„Ein Trupp Wehrwölfe, ausgerüstet mit Seitengewehren, Dolchen, Koppel und ähnlichen Wahrzeichen friedlichen Wollens“, hielt sich seit Gründonnerstag hier auf und suchte das Dorf in einer Weise heim, daß selbst Leute aus bürgerlichen Kreisen in helle Empörung geraten sind. Ein Augenzeuge der polizeiartigen dieser nationalistischen Rowdys, der uns auf ausdrückliches Befragen erklärte, daß er weder Mitglied der Sozialdemokratischen Partei noch des Reichsbanners sei, schilderte uns mit Entrüstung, wie das provokatorische Auftreten dieser Wehrwölfe die Einwohner gefährdete. Friedliche Passanten wurden am 1. Ostersonntag auf offener Dorfstraße geschlagen. In das Lokal von Wagner drang eine Anzahl dieser Lümmels ein und bedrohte dort mit Stöcken die Gäste. Gleichfalls am 1. Ostersonntag wurden drei Radfahrer, die schwarzrotgoldene Fähnchen am Rade führten, ohne jeden Anlaß überfallen. „Blut wollen wir sehen“, brüllten dabei diese verkleideten Banditen. Zweifellos wäre es hier zu einer folgenschweren blutigen Schlägerei gekommen, wenn nicht rechtzeitig noch der Gendarm Wickert, den man zum Schutz gegen das Unwesen der Wehrwölfe aus Quedlinburg herbeigeholt hatte, dazwischen getreten wäre.“

Wo steht hier etwas von einem Kommunistenüberfall oder überhaupt nur ein Wort von Kommunisten? Die Leitung des „Wehrwolf“ will sich natürlich reinwaschen und lanciert derartige Meldungen in die bürgerliche Presse. Da sind es vor allen Dingen die „Hallischen Nachrichten“, die solche Meldungen begierig aufnehmen. Es wird hier wieder einmal klar bewiesen, daß diese Zeitung auf der einen Seite die Interessen der schwärzesten Reaktion und überhaupt des gesamten schwarzweißroten und Hakenkreuzgesindels vertritt, während sie auf der anderen Seite die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in der gemeinsten Art und Weise beschimpft und beschuldigt.

Es wird höchste Zeit, daß alle die Arbeiter, die heute noch dieses Schmutzblatt abonnieren, sich an ihr Klassenbewußtsein erinnern und ihm den gebührenden Fußtritt versetzen. In das Haus eines Arbeiters gehört ein Blatt, das lediglich Arbeiterinteressen vertritt und sich für seine Forderungen einsetzt. Darum fort mit den „Hallischen Nachrichten“ aus Eurer Wohnung und fest eine Arbeiterzeitung.

Bestellt sofort den „Klassenkampf“!

*

Noch eins zum Schluß: Was wäre wohl geschehen, wenn es sich wirklich um einen Kommunistenüberfall gehandelt hätte? Dann wären wohl eine Anzahl Kommunisten und deren Führer dem Staatsanwalt zugeführt worden und hätten auf längere Zeit hinter Gefängnismauern sitzen können wegen Landfriedensbruchs. So handelt es sich aber um den „Bund deutscher Männer“, und das ist etwas anderes. Da bringt man es, da wir ja eine republikanische Justiz und einen ebensolchen Justizminister haben, vielleicht sogar fertig, die schwarzrotgoldenen Radfahrer zur Verantwortung zu ziehen. Es war alles schon da.

Daß der hallische „Wehrwolf“ so blutrünstig ist, hat seine besondere Bewandtnis, denn er hat einen „Volkserzieher“ zum Führer, und das muß doch wohl auch seine Folgen zeigen. Richard Asmus heißt der Herr, mit dem wir uns auch schon beschäftigt haben, und der ist Volksschullehrer an der Lutherschule. Er ist somit republikanischer Staatsbeamter und erhält sein Gehalt von der deutschen Republik. Treudeutsch! Allewege! A. B.

Sie sollten Kommunisten sein

nämlich die Arbeiter Otto Eilfeld und Friedrich Walter aus Unterteutschenthal und sie mußten sich gestern vor dem hiesigen großen Schöffengericht verantworten, weil im Jahre 1924 zum „Osterfest“ ein 15jähriger Jüngling vom Scharnhorst mit Namen Köhler aus Oberteutschenthal in Begleitung eines damals 18jährigen Reichswehrsoldaten Heise nachts nach beendeter Polizeistunde sich erlaubte, drei Schüsse abzugeben. Beinahe wäre aus diesem Zusammenstoß der Arbeiter mit nächtlich sternhagelbesoffenen Hakenkreuzlern eine Staatsaktion entstanden, da die Anklage auf gemeinschaftliche schwere Körperverletzung lautete. Vielleicht wäre sogar noch möglich gewesen „Landfriedensbruch“ zu konstruieren, wenn die Untersuchung wirklich die Personen zur Rechenschaft hätte ziehen können, welche den schießlustigen Scharnhorst Köhler und dessen angesäuselten Begleiter mit einer tüchtigen Tracht Prügel heimschickten. Die Beweisaufnahme ergab kein klares Bild, von wem denn eigentlich die angeblichen Schläge mit Bierseideln und Bierflaschen gekommen seien. K. und H. mußten unter ihrem Eide zugeben, daß sie wohl mit zwei Männern zusammengestoßen seien, **aber von diesen nicht mit gefährlichem Werkzeug behandelt worden sind.** Vermutlich sind die feuchtfröhlichen Zecher durch die drei Schüsse des Köhler selbst auf den Alarm gefallen und haben sich demzufolge verletzt.

Es ändert auch nichts an der Tatsache, daß später der Jagdgewehrbesitzer Frischbier in Begleitung eines anderen Stahlhelmers, den einen Angesäuselten nach Hause gebracht haben. Aus der Aussage des K. ging hervor, daß der ehemalige „wackere“ Stahlhelmmann Jagemann und der aus der Mordaffäre der Teutschenthaler Arbeiterschaft bekannte Heine sowie Schotte usw., in Bereitschaft gestanden haben und sofort zur Stelle waren.

Unbeschadet der Tatsache, wer dem schießlustigen, damals 15jährigen jungen Köhler die Tracht Prügel verabreichte und unbeschadet dessen, aus welchem Grunde der Reichswehrsoldat Heise zu der Abreibung kam, ist besonders darauf hinzuweisen, daß gegen einen dreißigjährigen Kriegsteilnehmer, welcher mehrere Jahre in Gefangenschaft gesessen hat, und gegen einen durch 28fache Operation vom sicheren Tode erretteten Teilnehmer am Weltkriege nunmehr ausgerechnet eine Strafe konstruiert werden sollte, welche nach dem Antrag des Anklagevertreters **je 3 Monate ausgemacht hätte.** Und warum? — **Sie sollten Kommunisten sein.**

Der schwerkriegsbeschädigte, unterleibsverletzte, mehrere Tage mit einem anderen Menschen zusammengenähte Angeklagte geht systematisch allen Rauferei aus dem Wege, weil er schon einmal im Weltkriege Gelegenheit hatte, seinen Leib auf Befehl auseinanderfetzen zu lassen und dennoch soll er nach dem Zeugnis der Tat der Körperverletzung fähig sein. Bezeichnend in dem Beschluß zur Eröffnung des Verfahrens ist folgender Satz: „. . . und zwar mittels gefährlicher Werkzeuge, hinterlistigen Ueberfalls“ zu mehreren gemeinschaftlich und einer das Leben gefährdenden Behandlung, in den — die Kommunisten — den Reichswehrangehörigen Heise und den dem Scharnhorst angehörigen Köhler . . .“

Der Mitangeklagte Friedrich Eckstein bestritt ganz entschieden, an diesem Tage in Teutschenthal gewesen zu sein, trotzdem sagten beide Zeugen mit Bestimmtheit, Eckstein sei einer der Beteiligten. Mit dieser Stelle des Eides der beiden Zeugen wird sich der Herr Staatsanwalt noch beschäftigen müssen, da der angeschuldigte Eckstein unter keinen Umständen gewillt ist, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

„Pioniere“

Nirgends zeigt sich der Unterschied zwischen dem Aufgabenkreis und der Betätigung der kommunistischen Organisationen Sowjet-Rußlands und denen der übrigen Welt klarer, als bei einem Vergleich zwischen den Organisationen der jungen Pioniere und den Kinderorganisationen der kapitalistischen Länder. Dort ganz Arbeit für sich selbst, das Ausbauen der eigenen Schule, das Organisieren neuen Gemeinschaftslebens, das selbsttätige Arbeiten an der Herausbildung einer neuen Ideologie, der Ideologie der kommunistischen Menschen. Hier der Kampf gegen das Pfaffentum und die Reaktion in den Schulen gegen das mechanische Lernen und die Einpaukerei, gegen Kinderarbeit und Kinderelend und hartnäckiger brutaler Kampf des Bürgertums gegen die „verhetzten“ Kinder.

Letzteres liegt uns nahe, spielt sich, oft von Partei und Jugend etwas zu wenig beachtet, täglich und tausendfach vor unseren Augen ab. Das erstere aber, Leben und Treiben der jungen russischen Pioniere, liegt ferner, nur bei besonderen Anlässen (Demonstrationen, Feiern usw.) werden breite Kreise auf sie hingewiesen. So kommt es, daß man mit Genugtuung und Freude von einem Buch berichten kann, das in Form einer guten Erzählung einen tiefen Einblick in Leben und Treiben der jungen Pioniere gibt.*)

Lenin hat einmal den jungen Kommunisten gesagt, die Aufgabe der Erziehung der jungen Generation wäre in erster Linie die Erziehung zur gemeinsamen, zur solidarischen Arbeit im Dienste der allgemeinen und schnellen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Sowjetunion. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dies noch in gesteigertem Maße für die jungen Pioniere gilt.

Sie ziehen im Sommer hinaus aufs Land, in die Wälder, in ihre Sommerlager. Der Sinn dieser Sommerlager besteht nicht nur in der damit verbundenen natürlichen Lebensweise, im Ausleben in den Wäldern, in frischer Luft, an schönen Seen. Es gibt auch für die jungen Pioniere kein müßiges Rasten. Die Sommerlager dienen mit der Erfassung „möglichst der ganzen jungen Generation“, gelten den Bauernkindern und nicht im geringsten den Bauern selbst. Diese „Knirpse“ ziehen hinaus und werden zu Bringern und Trägern neuen Lebens, selbst in den entferntesten Winkeln des großen Rußland.

Könnten sie das aber wohl sein, wenn sie nicht kämen, wie Lenin sie das lehrte, als disziplinierte, durch ihr Beispiel wirkende, arbeitsfreudige, jüngste Garde des Kommunismus? Aber sie sind es, und die Verfasserin läßt uns diese jüngste Garde von dieser Seite sehen. „Die Pioniere“ sind die Schilderungen eines Sommerlagers. Als sie hinausziehen, werden sie mißtrauisch empfangen von den Bauern. Sie lassen sich in der Nähe des Dorfes an einem See nieder. Ihr Lagerleben ist Arbeit, Lernen, Spiel und Erholung. Sie helfen den Bauern das Heu vor einem Gewitter zu bergen, retten das Dorf vor einer Ueberschwemmung, erringen nach und nach das Vertrauen der Dorfbewohner, organisieren einen Klub und als sie wieder in die Stadt ziehen, da hat ihr aufbauender, kraftvoller Wille die Stumpfheit der Bauern durchbrochen und dem Dorf ein Stück neuen Lebens hinterlassen.

Die Verfasserin selbst verrät durch ihre Art der Schilderungen, daß sie sich tief hineingefühlt hat in die Seelen der jungen Pioniere. Die kleinen und großen Abenteuer, die Freuden und Leiden des Lagerlebens, die Schwierigkeiten, mit denen sie bei der Errichtung und Ausgestaltung des Klubs zu kämpfen haben, sind mit Sorgfalt gezeichnet, zum Teil mit einem gesunden Humor gewürzt und äußerst lebensnahe. Läßt dann die jungen Pioniere wieder in die Stadt ziehen, dann haben wir die junge Generation des ersten Arbeiterstaates gegeben als ein kraftvolles neues Geschlecht, das mit seinem Wirken die besten Garantien für die Entwicklung zum Sozialismus schafft.

Hinzuzufügen bleibt noch, daß das Buch einige Photos aus dem Lagerleben und von dem von den Pionieren errichteten Klub nebst 20 Randzeichnungen enthält. Durch diese Illustrationen gewinnt das Buch an Verständlichkeit für unsere jungen Pioniere und gleichzeitig ist ein Wahrheitsbeweis des Geschilderten damit gegeben. Wir empfehlen das Buch nicht nur unseren jungen Kommunisten und den Jugendgenossen, sondern allen, die ein Bild vom werdenden jüngsten Rußland haben wollen.

*) Helena Robinsk: „Pioniere“. 96 Seiten, Preis 1 Mark, reich illustriert, mit einem festen Kartonumschlag.

Freies Volk

Vom Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften wird uns geschrieben:

Vom 15. bis 23. April wird die hallische Arbeiterschaft Gelegenheit haben, den hervorragenden Film „Freies Volk“ zu sehen. Dieser Film ist ebenso wie der im vorigen Jahre hier gezeigte „Schmiede“-Film von Martin Berger verfaßt worden, der auch bei der Aufnahme die Regie geführt hat. Die bedeutendsten Schauspieler wirken auch hier wieder mit, so Albert Klein, Albert Florath, Eduard v. Winterstein, Camilla Spira, Matilde Sussin, Elsen Plessow und andere. Die Handlung ist von großer dramatischer Wucht; sie zeigt uns Bilder aus dem Wirken eines absolutistischen Fürstentums, das Landeskinder an fremde Herrscher verkauft. Schreckensbilder aus dem Weltkrieg erblicken wir auf der Leinwand, dann den Zusammenbruch und die Novembertage 1918. In der Umrahmung einer Liebesgeschichte sehen wir den Uebermut eines Landjunkers und des völkischen „Landschutzes“, daneben das elende Leben des Landarbeiters. Auf der anderen Seite sehen wir die Macht der gewaltigen industriellen Wirtschaftskonzerne, die den Menschen unterjänig macht und mit ihnen willkürlich umzuspringen versucht. Dagegen stemmt sich die freie Gewerkschaftsbewegung, die denn auch schließlich den Weltgeneralstreik proklamiert, um einen neuen Krieg, der auszubrechen droht, zu verhindern.

Die Hansa-Lichtspiele, Gr. Ulrichstr. 20, haben diesen Film zur Aufführung erworben. Die hallische Arbeiterschaft muß nun aber auch zeigen, daß sie solche Filme, die ihrem Denken entsprechen, zu unterstützen bereit ist.

Die erste Vorführung findet am Donnerstag, dem 15. April, abends 7 Uhr, die zweite um 9 Uhr statt. Ab Freitag, den 16. April, rollt der Film im genannten Theater täglich viermal, und zwar um 3, 5, 7 und 9 Uhr. Der Eintrittspreis ist im Vorverkauf einheitlich und beträgt 60 Pfennig. Der Vorverkauf findet ab heute statt im Bureau des Bildungsausschusses der freien Gewerkschaften, Harz 42/44 (Zimmer 8), und im Bureau des Eisenbahnerverbandes, Dryanderstraße 10, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Arbeitslose und deren Angehörige zahlen in der Nachmittagsvorstellung um 3 Uhr gegen Vorzeigung der Arbeitslosenkarte an der Kasse der Hansa-Lichtspiele 40 Pfennig.

Arbeiter und Angestellte, seht Euch diesen Film an!

*

Wir veröffentlichen diese Notiz des Bildungsausschusses der Gewerkschaften, behalten uns jedoch vor, unsere eigne Stellungnahme zu dem Film festzulegen, wenn der Film zum erstenmal in Halle vorgeführt sein wird.

Stadttheater. Am heutigen Dienstag, 8 Uhr, „Marietta“. Mittwoch „Der Mazurka-Oberst“. Donnerstag 8 Uhr „Beatrice und Benedikt“ von Berlioz, hierauf „Gianni Schicchi“ von Puccini. Freitag „Boris Godunoff“ mit Theodor Scheidl von der Staatsoper in Berlin in der Titelpartie. Das Gastspiel findet im Rahmen des Abonnements statt. — Sonnabend Erstaufführung von Schnitzlers „Der einsame Weg“ unter Regie des Oberspielleiters Alfred Durra. Sonntag „Marietta“. — Im Thalia-Theater: „Lam-Lam.“

Stadttheater. Die Erstaufführung von Puccinis „Gianni Schicchi“ am 15. April ist von Heinrich Kreuz, zurzeit Oberspielleiter der Oper in Würzburg und Lehrer am dortigen Staatskonservatorium, als Gast auf Anstellung (für den ausscheidenden Spielleiter Karl Schück) inszeniert worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0006

Parteiarbeiter-Konferenz Halle

Heute, Dienstag, 13. April, abends 1/2 8 Uhr im Saale der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion zu den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive.

Erscheinen müssen unbedingt die Zellengruppenleitungen, die Pol-Leiter der Betriebs- und der Straßenzellen, die Bezirksleitungsmitglieder, Fraktionsleiter der Kommunal- und Erwerbslosenfraktionen und die Referenten von Halle-Stadt und Halle-Saalkreis.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne und die Reichsgesundheitswoche

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Soweit mir bekannt ist, steht unter dem Reichsaufruf zur Reichsgesundheitswoche auch die Unterschrift des Arbeiter-Samariter-Bundes. Ich als Nichtmitglied der Kolonne verstehe nicht, wie es möglich sein kann, daß von seiten der Bundesleitung etwas derartiges zugelassen wird. Erstens einmal sind es sehr wenige Orte, wo die Kolonnen von den Behörden anerkannt werden. Zweitens hemmt man die Mitglieder in ihrer sozialen Tätigkeit an jedem Ort, trotzdem die Arbeiter-Samariter bei Ausübung ihrer schweren Funktion nicht danach fragen, auf welchem politischen oder wirtschaftlichen Boden der Verletzte steht. Ich denke nur daran, wie vor gar nicht langer Zeit die Kolonne von Halle einen Antrag an den Polizeipräsidenten gestellt hat zwecks Vornahme einer Sammlung zugunsten eines Krankenwagens. **Dies ist glatt abgelehnt werden.** Hieraus ersieht man, daß für die Arbeiter-Samariter es unmöglich ist, so zu arbeiten, wie es eigentlich sein müßte. Ich erinnere nur die Mitglieder der Kolonne Halle an die Opfer, die sie bei den einzelnen Zusammenstößen der Arbeiterschaft mit Militär und Polizei hat bringen müssen, wo man rücksichtslos vorgegangen ist, besonders im „Volkspark" bei dem Piekter-Mord, wo sie von der Schupo geschlagen wurden. Deshalb ist es Pflicht der hallischen Arbeiter-Samariter-Kolonne, die Konsequenz zu ziehen und diese Art Gesundheitswoche nicht im bürgerlichen, sondern im proletarischen Sinne mitzumachen. Sie sollen von dem Ausschuß erstens einmal verlangen: Erkennt uns an; zweitens, gebt uns Mittel, damit wir unsere laufenden Kosten bestreiten können, sorgt dafür, daß uns Aerzte zur Verfügung gestellt werden, die kostenlos weitere Mitglieder und Interessenten ausbilden. Dann, glaube ich, wird die Arbeiter-Samariter-Kolonne der Allgemeinheit mehr Dienste leisten können, als jetzt unter der Flagge der im Moment moralpredigenden bürgerlichen Gesellschaft. K. B.

Vertreter-Versammlung des Allgemeinen Konsumvereins Halle und Umgegend

Im „Volkspark" fand am Sonntag, dem 11. April, eine gutbesuchte ordentliche Vertreter-Versammlung statt, in der Bericht über das Geschäftshalbjahr 1925/1926 erstattet wurde. Der Geschäftsführer Genosse Fischer konnte feststellen, daß **trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage eine Vorwärtsentwicklung unserer Genossenschaft zu verzeichnen sei.** Das Vertrauen der Mitglieder habe sich gefestigt und der Verein bewegt sich auf gesunder Basis. Die Umsätze im Jahre 1925 weisen gegenüber 1924 erhebliche Steigerungen auf. Dieselben betrugen z. B. im Juli 1925 74 Proz., im September 54 Prozent. Der Monat Dezember hat den Friedensumsatz erreicht. Der Gesamtumsatz vom 1. Juli bis 31. Dezember 1925 beträgt 2 059 815 Mark. Das ist ein Mehr von 693 497 Mark gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1924. Der Bäckereiumsatz ist im gleichen Verhältnis gestiegen und beträgt 550 326 Mark gegenüber 399 571 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Sparkasse habe sich gut entwickelt und betrug der Bestand am 31. Dezember 317 272 Mark. Eine weitere Ausgestaltung unseres Betriebes sei vorgenommen. Der Kauf von zwei Pferden und die Anschaffung eines zweiten Brotautos habe sich notwendig gemacht. Ferner habe man das Grundstück Merseburger Straße 9 erworben, wo eine vorbildliche Verteilungsstelle eingerichtet wird. Die 38. Verteilungsstelle am Hasenweg 6 ist am 17. März eröffnet und erfreut sich eines regen Zuspruchs. Der Grundstücksbau auf unserem eigenen Gelände in Lochau werde bald seine Erledigung finden. Das Fleischereiprojekt konnte leider bis jetzt noch nicht verwirklicht werden. Wenn die Hausfrauen die Macht des Einkaufskorbes kennen würden, kämen wir zweifellos weiter. Genosse Fischer erläuterte nunmehr die einzelnen Positionen des Halbjahrsberichts, der sämtlichen Vertretern vorher zugesandt war.

Anschließend an den Bericht des Vorstandes wurde vom Sekretär Genossen Mendorf das Resultat der Werbearbeit vorgetragen. Um eine Reinigung der Mitgliederliste herbeizuführen, habe man 4900 Mitglieder, die ihrer Genossenschaft ferngeblieben waren, aufgesucht, um sie dem Verein wieder zugänglich zu machen. An der Agitation beteiligten sich 263 Funktionäre. Obwohl die Arbeit noch nicht völlig abgeschlossen ist, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Erfolg ein guter ist.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genosse Otto Müller, nahm Bezug auf den diesjährigen Internationalen Genossenschaftstag. Die Verwaltung schlägt vor, denselben am Sonntag, dem 4. Juli, in sämtlichen Räumen des „Volkspark" abzuhalten. Vorher soll ein Festumzug stattfinden.

Als Delegierte zum Unterverbandstag in Kassel wurden die Genossen Otto Müller, K. Müller, Claus und Kutzschbauch gewählt. Zum Genossenschaftstag in München werden die Genossen O. Müller, A. Pfund, Kutzschbauch und die Genossin Herrmann bestimmt.

Eine Protestversammlung

des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender

fand gestern im großen Saal des „Volkspark" statt. Mit starker Verspätung, bei schwachem Besuch, zurückzuführen auf die zahlreichen noch stattfindenden Märkte (z. B. Naumburg) wurde die Versammlung eröffnet. Der Referent, Herr Houghton vom Gauvorstand, kritisierte in seinen Ausführungen scharf die Maßnahmen der Stadt Halle gegenüber dem Straßenhandel. Dem Straßenhandel, einem ohne Frage lebenswichtigen Gewerbe, wird wegen angeblicher **„Verunzierung des Straßenbildes"** die Ausübung seines Gewerbes nicht gestattet. Die hallische Stadtverwaltung glaubt anscheinend, die Straße gehört allein dem Automobilfahrer. „Wir führen Euch herrlichen Zeiten entgegen", sagte man bei Kriegsbeginn und jetzt raubt man den ambulanten Kriegsteilnehmern eine ihrer wenigen Erwerbsmöglichkeiten. Würde man den Kriegsrentnern eine zum Leben ausreichende Rente zahlen, dann wird auch der Straßenhandel sich schon nicht zu einer Gefahr für Verkehr und Straßenordnung auswachsen. Redner geht auf Beispiele anderer Städte ein. Wir erneuern unsern Appell an den Magistrat der Stadt Halle, und fordern **Ueberlassung von mindestens 10 Ständen für Spezialisten** (Neuheitsverkäufer) **im Zentrum der Stadt.**

Herr Vogel verbreitet sich über Leipziger Verhältnisse, wo ein gutes Einvernehmen zwischen der Behörde und dem Straßenhandel hergestellt sei.

Genosse Freund, als Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, zeigt der Versammlung den Zusammenhang zwischen den Interessen der Kleingewerbetreibenden und denen der Arbeiterklasse auf. Dreimal wöchentlich findet auf dem Marktplatz Wochenmarkt statt, anscheinend keine Verunzierung des Straßenbildes.

Für diesen Gewerbezweig soll man eine Markthalle erbauen und dem Straßenhandel den freiwerdenden Platz überlassen. Man erschwert aber die Vergebung von Konzessionen, **man hat jetzt sogar das Marktgeld heraufgesetzt. Dem Straßenhandel will man Plätze an der Peripherie der Stadt anweisen, wo gar kein Verkehr ist** (z. B. Wettiner Platz). Hinter den Maßnahmen der Stadt stehen die Großkaufleute. Der Kampf der Kleingewerbetreibenden gegen sie ist unser Kampf, nur gemeinsam werden wir Erfolge erringen. Weitere Redner sprechen über Einzelbeispiele. Mit der Annahme einer Resolution, in welcher die Stadt Halle aufgefordert wird, die 10 beantragten Standplätze zu gewähren, fand die Versammlung ihr Ende.

*

Wir müssen noch eine Schlußbemerkung hinzufügen: Der Reichsverband irrt, wenn er glaubt, wie der Referent sagte, ohne Parteipolitik seine Ziele erreichen zu können. Jeder wirtschaftliche Kampf ist letzten Endes ein politischer Kampf, und man muß sich schon auf eine politische Partei in diesem Kampfe stützen. Diese Partei kann nur die Kommunistische Partei sein, die Interessenvertreterin aller Werktätigen in Stadt und Land.

Achtung, erwerbslose Metallarbeiter!

Am Mittwoch, dem 14. April, vormittags 11 Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung der organisierten Metallarbeiter statt. Erscheinen unbedingt notwendig, da eine wichtige Tagesordnung.

Die Ortsleitung.

Protestversammlung der Sozialrentner

Am Sonntagvormittag fand im „Volkspark" eine Versammlung des **Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden** statt, die sich mit der Verschlechterung ihrer Lebenslage beschäftigten und Protest gegen die Politik der Reichsregierung erhoben. Nach einem Referat und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 11. April 1926 im „Volkspark" stattfindende, gutbesuchte Sozialrentnerversammlung protestiert gegen die Verschleppungspolitik in den Fragen der Rentenerhöhung im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages. Sie verurteilt aufs schärfste die Verschlechterung der Knappschaftsgesetzgebung und die Zerschlagung der Knappschaftskrankenkassen. Sie fordert die Beibehaltung der gleitenden Knappschaftsrente."

Bautätigkeit und Finanznot der Gemeinden

Zur Frage **„Hauszinssteuerdarlehen zur Belebung der Bautätigkeit"** ersucht uns die städtische Nachrichtenstelle Delitzsch um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Es ist in der Presse verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die Preußische Regierung sich bereit erklärt hat, zur Weiterführung der Neubautätigkeit in den Gemeinden Vorschüsse auf die im Jahre 1926 zu erwartende Hauszinssteuer schon jetzt zur Verfügung zu stellen. Leider wird die Inanspruchnahme derartiger Vorschüsse, wie aus dem Nachfolgenden noch hervorgeht, für die meisten Gemeinden nicht mehr als eine fröhliche Botschaft bedeuten, da die in Betracht kommenden Bedingungen nicht geeignet sind, die Neubautätigkeit zu beleben. Auf den Vorschlag der Regierung hat sich die Preußische Staatsbank bereit erklärt, Vorschüsse zu gewähren auf diejenige Hauszinssteuer, welche die Gemeinde in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926 zu erwarten hat, und zwar in Höhe von 90 Prozent der voraussichtlich zu erwartenden Beträge. Soweit würde die Aktion eine Hilfe bedeuten können, wenn sie nicht mit Bedingungen verbunden wäre, welche aus finanzpolitischen Erwägungen die Inanspruchnahme geradezu unmöglich machen. Die Gemeinde hat sich nämlich zu verpflichten, das Darlehn zu bestimmten Zeitpunkten abzunehmen und nebst Zinsen zu bestimmten Zeitpunkten, bis spätestens Ende Juli 1928 zurückzuzahlen, und weiter sogar darein zu willigen, daß für den Fall der nicht pünktlichen Rückzahlungen des Darlehns (ein Fall, der bei der finanziellen Notlage der Gemeinden außerordentlich leicht eintreten kann) die den Gemeinden zustehenden Anteile aus der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer der Preußischen Staatsbank zur Tilgung des Darlehns zuzüglich Zinsen überwiesen werden. Außerdem nimmt die Staatsbank an Zinsen 9 Prozent jährlich für die jeweils in Anspruch genommene Summe und verzichtet nur darauf, noch daneben eine weitere Provision zu erheben. Wenn aber in die Bauten auch für die Hauszinssteuergelder eine 9prozentige Verzinsung einkalkuliert werden muß, dann wird jeder Neubau von vornherein unrentabel, da ja das andere Baugeld außer der Hauszinssteuer ohnehin zu so hohem Zinssatz nur zu erhalten ist, daß dieser notgedrungen, um die Miete tragbar zu gestalten, mit den niedrigen Zinsen der Hauszinssteuer kompensiert werden muß. Auf die Gefahr, welche darin besteht, daß womöglich Ueberweisungssteuern gepfändet werden könnten, braucht nur hingewiesen zu werden, denn in einem solchen Falle würde die Finanzpolitik einer Gemeinde völlig aus allen Bahnen geriten sein. Auch die Bestimmung, daß die Zinsen der Staatsbank aus dem Hauszinssteueraufkommen für 1926 entnommen werden können, ändert an der unzureichenden Hilfe nichts, denn dadurch schaden sich ja die Gemeinden in ihrem sonstigen Hauszinssteueraufkommen, welches sie dem Wohnungsbau zuführen, nur selbst. Es ist betrüblich, daß die zur Belebung der Bautätigkeit angekündigte Hilfe eine wirkliche Besserung des augenblicklichen Zustandes auf diese Art und Weise leider nicht bietet. Eine solche bleibt nach wie vor nur dadurch zu erwarten, daß **bedeutend höhere Hauszinssteueranteile** wie bisher der Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden und daß vor allem seitens des Staates die Frage der Hypothekenbeleihung in einer Weise geregelt wird, welche die Verzinsung von Neubauten ermöglicht.

*

Wenn schon eine bürgerliche Behörde solche Feststellungen macht, dann kann man ermessen, wie es um den Bau- und Wohnungsmarkt bestellt ist. Die Regierung erhebt zwar große Hauszinssteuern, deren Beträge eigentlich zum Wohnungsbau verwendet werden sollten, aber sie stellt nur einen geringen Bruchteil dafür zur Verfügung; den großen Teil dieser Steuern verwendet sie zu anderen Zwecken. Sie stopft damit die Löcher zu im Etat, die entstehen, weil Staat und Reich für alle überflüssigen Dinge (Militarismus, Polizei, Kirche usw.) reichlich Gelder ausgeben. Nur für Wohnungsbau und andere Notwendigkeiten hat man keine Mittel. Diese Zustände werden erst anders, wenn die Arbeiterklasse an Stelle des kapitalistischen Staates den Arbeiterstaat nach russischem Muster errichtet hat. Dafür gilt es zu kämpfen.

Große öffentliche China-Kundgebungen für Mitteldeutschland

Bitterfeld: Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Gröbers-Osmünde: Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Möslein, Osmünde.

Halle: Sonntag, 18. April, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark".

Wittenberg: Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Thema: „Das chinesische Volk im Kampfe gegen Imperialisten und Ausbeuter".

Referent: Dr. Shi Kai Chi, Kanton (China).

Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern! Beweist durch Massenbesuch, daß der Freiheitskampf des chinesischen Volkes Eure volle Unterstützung findet.

Bund der Freunde der JAH.
LA. Halle-Merseburg.

Hallische Tageschronik

Gewerkschaftskurs

Am Mittwochabend 7½ Uhr Fortsetzung des **Gewerkschaftskursus Halle.**

Die Gewerkschaftsfunktionäre, die am ersten Abend nicht anwesend waren, müssen unbedingt erscheinen oder den Grund ihres Nichterscheinens mitteilen. Außerdem müssen die Gewerkschaftsfraktionen bestimmte Kursusteilnehmer aus ihrer Mitte delegieren, damit nicht, wie am ersten Abend, einzelne Berufe stark, andere aber überhaupt nicht vertreten sind.

Ammendorf

JAH. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr im „Eisterthal" Mitgliederversammlung der JAH. Außer Ergänzungswahlen des Vorstandes soll der Arbeitsplan zur Reichsgesundheitswoche aufgestellt werden. Alle Einzel- und Korporativmitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Ammendorf

Jung-Spartakus-Kundgebung. Am Sonnabend, dem 17. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Dreierhaus" die zweite öffentliche Jung-Spartakus-Kundgebung statt. Wir ersuchen die gesamte Arbeiterschaft von Ammendorf, sich für diesen Tag frei zu halten, um diese Kundgebung zu einer machtvollen zu gestalten. Das Programm der Kundgebung wird noch besonders bekanntgegeben. Arbeitereltern, unterstützt Eure Kinder in ihrem Kampfe.

Dölau

Die Proletarische Tribüne Halle veranstaltete am Sonnabend im Gasthof Richter einen Theater- und Unterhaltungsabend, der von 150 Personen besucht war. Das Programm, das von den hallischen Genossen sehr gut und wirkungsvoll durchgeführt wurde, hätte trotz der schlechten Witterung einen besseren Besuch verdient. Am wirkungsvollsten war die Aufführung des „Holzwurm", einer politisch-satirischen Szene aus einem Tischlerei-Großbetrieb, die bei den Zuhörern oft stürmische Lachsalven hervorrief. Aber darüber hinaus wird dieses Stück jedem Beschauer eine wichtige Lehre eingehämmert haben, und es ist wünschenswert, daß „Der Holzwurm" in jeder Ortsfest aufgeführt würde, weil er trotz seines derben, urwüchsigen Humors der Arbeiterschaft die Wege zeigt, die im Kampf gegen das Unternehmertum zum Erfolg führen müssen. — „Die Fürstenabfindung", ein Roter Rummel, löste ebenfalls heftige Heiterkeitsszenen aus, und als am Schluß der Szene Wilhelm II. nebst seinem „Helden"söhnchen auf proletarische Art abgefunden wurden und verfolgt vom „Knüppel aus dem Sack" die Flucht durch den Zuschauerraum antraten, zeigte es sich, daß die Anwesenden mit einer solchen „Abfindung" voll und ganz einverstanden sind. Der zweite Teil des reichhaltigen Programms zeigte den Besuchern die Greueltaten weißer Bestien in Horthy-Ungarn. Die Darsteller in den verschiedenen Stücken spielten ihre Rollen durchweg sehr gut. In den Pausen wechselten musikalische Darbietungen mit Vorträgen. Leider hat die ungünstige Witterung viele Arbeiter vom Besuch der Veranstaltung abgehalten. Trotzdem veranstaltet die Tribüne hoffentlich wohl bald in Dölau einen ähnlichen Abend.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Alle Genossen, die zu dem heutigen Parteifern-Kursus eingeladen waren, nehmen geschlossen an der heute abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft stattfindenden Parteiarbeiterkonferenz von Halle teil.

Die Ortsleitung.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die zweite April-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. Der Verlag.

Ohne Fleisch doch kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse
zuzubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise
die altbewährte MAGGI's Würze
*1368

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0007

Zur Lage in unserer Partei

Vor unserer Partei steht die Aufgabe, die Ergebnisse der 6. Erweiterten Exekutive der Kominiern in einer breiten und fruchtbaren Aufklärungskampagne, im engsten Zusammenhange mit der täglichen Massenarbeit, der Mitgliedschaft zu vermitteln.

Diese Arbeit steht in engem Zusammenhange mit der Parteidiskussion, die durch den Offenen Brief der Exekutive ausgelöst wurde. Sie findet auf einer höheren Stufe der Entwicklung statt. Denn die Partei hat die Fesseln des ultralinken Opportunismus bereits gesprengt. Die sekttierersche Periode ist ein für allemal abgeschlossen. Worauf es jetzt ankommt, ist, aus den negativen Seiten der Parteivergangenheit die positiven Lehren zu ziehen und im Maße der wachsenden Durchdringung der Partei mit diesen Lehren, ihre letzten Reste, ihre negativen Auswirkungen restlos und konsequent zu liquidieren. An diese Arbeit wird die Partei in geschlossenen Reihen und mit unerschütterlicher Ruhe herantreten.

Wie stets, werden die sozialdemokratischen Führer versuchen, die Gegensätze in der KPD., die ein Zeichen der wachsenden inneren Festigkeit der Partei sind, zur Bemäntelung der schweren Krise des Reformismus auszunutzen.

Die sozialdemokratische Presse schreibt von einer „Generalkrise" in der KPD., doch es fehlen Berichte über die schweren Erschütterungen und Zersetzungen in wichtigsten Organisationen der SPD. Wir wollen nun folgende Tatsachen registrieren:

den Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen gegen die Politik der 23 Verräter;

die Opposition in der badischen Sozialdemokratie gegen die Politik des Landesvorstandes, der das Schulwesen den Klerikalen ausliefert;

den Beginn einer Opposition in Hamburg gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei im Hamburger Senat.

In allen diesen oppositionellen Bewegungen zeigt sich noch keine grundsätzliche Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik ihrer Führer. Aufgabe der Kommunistischen Partei muß es sein, diese Ansätze und Keime zu entwickeln, über das ganze Reich auszudehnen, die Auseinandersetzungen über diese Fragen von den sozialdemokratischen Mitglieder- und Funktionärversammlungen auf alle Organisationen der Arbeiterschaft zu übertragen, den sozialdemokratischen Arbeitern über die Halbheiten und Schwankungen ihrer linken Führer Klarheit zu schaffen und so die Voraussetzungen für ein Bündnis der entschiedenen Schichten des Proletariats zur Niederringung der Bourgeoisie zu schaffen.

Im engsten Zusammenhang mit diesem sich langsam entwickelnden Umgruppierungsprozeß der Arbeiterschaft im reformistischen Lager stehen die Auseinandersetzungen, die die Kommunistische Partei in der letzten Zeit geführt hat und die sie noch heute führen muß. Es gibt an den Peripherien der Partei kleinbürgerliche Elemente, die die kommunistischen Führer beschuldigen, daß sie die Partei ins reformistische Lager führt. Das Gegenteil ist wahr. Diese scheinradikalen Spießbürger erschrecken vor dem Marsch der Arbeiterbataillone ins Lager des Kommunismus. Sie fürchten die breite revolutionäre Massenbewegung wie der Teufel das Weihwasser. Sie fürchten die frische Luft der revolutionären Massenarbeit, in der für ihre scheinradikalen Phrasen kein Platz und keine Zeit ist. Deshalb stellen sie sich in eine Front mit Wels und Noske und proklamieren die „Generalkrise in der KPD." Es handelt sich nicht um eine „Generalkrise" in der KPD. Es handelt sich vielmehr um die Wegräumung der letzten innerparteilichen Störungselemente, die unsere Partei hindern, die Gewinnung der breiten Arbeitermassen durchzuführen. Wir führen die Auseinandersetzung, wir arbeiten an der möglichst vollständigen ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei, um, befreit von Abweichungen und Schwankungen, uns mit Erfolg der Durchführung der zentralen Aufgaben zuwenden zu können.

Die Gruppe dieser kleinbürgerlichen „Retter des Kommunismus" beschränkt sich nicht auf die Verkündung ihrer „Prinzipien". Die fraktionelle, parteigesetzende Tätigkeit der Gruppe Korsch-Schwarz, **die in engstem Verein mit dem Renegaten Katz arbeitet,** zwingt die Partei, **ihr den Kampf bis zur restlosen Vernichtung anzusagen.** Betrachten wir zunächst die Auffassungen, die diese Gruppe über die gegenwärtige Lage vertritt. Die Erweiterte Exekutive hat festgestellt, daß wir uns in einer Zeit der relativen, bereits wankenden Stabilisierung befinden, daß wir nach wie vor mit zwei Möglichkeiten des Tempos der revolutionären Entwicklung — eines schnellen und eines langsamen — und mit mehreren Möglichkeiten der Marschroute der Revolution zu rechnen ist. Die Lage in Deutschland zeigt gegenüber dem vorigen Jahre zweifelsohne eine große Verschärfung, und es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei in Deutschland, mit aller Kraft für eine Beschleunigung des Tempos der revolutionären Entwicklung zu arbeiten. Aber eine Partei, die nicht nur agitieren, sondern Millionenmassen im Kampfe führen will, muß eine Lage richtig einzuschätzen verstehen und darf sich ihre taktische Haltung weder von der Ueberschätzung, noch der Unterschätzung der objektiven Reife einer Situation seitens einzelner Genossen vorschreiben lassen. Wenn Katz in einem Flugblatt davon spricht, daß die Situation „viel revolutionärer wie 1923" sei, so wird kein Mitglied diese Auffassung ernst nehmen. Die Korsch-Schwarz-Gruppe erklärt gleichfalls, daß die Feststellung der relativen aber schwankenden Stabilisierung eine „illusionäre und betrügerische Grundvorstellung" sei. Diese Gruppe macht der Komintern den Vorwurf:

„Hinter allem dem Gerede . . . verbirgt sich in Wirklichkeit nur die Liquidierung der revolutionären Perspektive der Komintern, die Preisgabe der Vorbereitung und Organisierung revolutionärer Massenkämpfe für die ganze Epoche."

Diese Gruppe verbirgt ihren eigenen Unglauben an die revolutionäre Entwicklung hinter Angriffen gegen die Komintern. In einer Periode, in der die Kommunistische Partei sich anschickt, durch eine richtige Anwendung der Einheitsfrontaktik die Grundlagen für siegreiche Kämpfe des deutschen Proletariats zu schaffen, in einer Zeit, die im kollektiven Bewußtsein der Partei als die Zeit **der Vorbereitung der zweiten Revolution gilt,** schicken sich einige kleinbürgerliche Elemente an, die Reihen der Kommunistischen Partei fluchtartig zu verlassen. Wie alle Liquidatoren und Verräter, hängt sich auch diese Gruppe auf ihrer Reise zur Bourgeoisie ein „ideologisches" Mäntelchen um. Dies ist nichts Neues. Die kommunistischen Arbeiter kennen diese Melodie. Sie werden ihre Komponisten zum Teufel jagen.

In einer auf einer Fraktionskonferenz angenommen Resolution spricht die Gruppe Korsch-Schwarz von den Tendenzen zur Krise — in den Ländern des kapitalistischen Aufstieges. **Neben den Vereinigten Staaten Amerikas und Indiens wird auch die Sowjetunion als ein Land des kapitalistischen (!) Aufstieges bezeichnet. Mit dieser Feststellung stellt sich diese Gruppe auf die andere Seite der Barrikade.** Diese Auffassung führt ins Lager der Konterrevolution. Ein Kompromiß oder ein Verhandeln in dieser Frage ist unmöglich und untragbar. Aber aus dieser Einstellung der Korsch-Gruppe zu Sowjet-Rußland als einem kapitalistischen Lande ergeben sich logischerweise auch eine Reihe von Schlußfolgerungen. Die erste Schlußfolgerung ist:

Sowjet-Rußland ist kein Arbeiterstaat, nicht ein Land des sozialistischen Aufbaues, sondern ein Land des kapitalistischen Aufstieges, gegen das die Arbeiterklasse genau so wie gegen andere kapitalistische Staaten kämpfen muß.

Nicht einmal die sozialdemokratischen Führer wagen es, insbesondere nicht seit der Reise der Arbeiterdelegationen, derartiges zu vertreten. Die Auffassungen der Korsch-Leute decken sich mit denen Kautskys. Sie stehen viel weiter rechts, wie die Otto Bauer und haben nicht das geringste mit dem Kommunismus gemeinsam. **Die zweite Schlußfolgerung der Korsch-Leute ist:**

Wenn Sowjet-Rußland kein Arbeiterstaat ist, so ist die den Staat leitende Partei, die KPdSU., keine revolutionäre Partei. Unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten in unserer russischen Bruderpartei sagt die Korsch-Gruppe in der Resolution:

„Der 14. Parteitag der KPdSU. hat vor aller Welt offenbart, daß innerhalb unserer russischen Bruderpartei der Opportunismus bereits das Uebergewicht erlangt hat."

Aus dieser zweiten ergibt sich für die Korsch-Leute logisch die dritte Schlußfolgerung:

Wenn Sowjet-Rußland kein Arbeiterstaat ist, wenn die KPD. der SU. eine opportunistische Partei ist, so muß naturgemäß ein Gegensatz zwischen „den internationalen Interessen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes" und „den nationalen Interessen des ökonomischen und politischen Aufbaus" in den Arbeiter- und Bauernrepubliken vorhanden sein.

Aus dieser Auffassung wiederum ergibt sich die Schlußfolgerung:

1. Des Kampfes gegen die führende Rolle der KPdSU. in der Komintern und

2. gegen die taktischen Methoden der Kominiern und insbesondere auch der KPD., die diese zur Gewinnung der Massen und zur erfolgreichen Führung der Kämpfe anwendet.

Korsch-Schwarz ziehen auch diese Konsequenz. Sie verbrüdern sich offen mit dem aus der Partei hinausgejagten Katz und wiederholen in ihrem Pamphlet seine „Prophezeiung": **„Es heißt in letzter Instanz, den 4. August 1914 für die Komintern vorzubereiten."**

Der 4. August der Gruppe Katz-Korsch-Schwarz ist bereits da. Sie heulen von einem drohenden 4. August der Kominiern, die im Kampfe gegen den Verrat der Reformisten während des Krieges entstanden ist.

Eine Gruppe, die diese Einstellung hat, wird naturgemäß zum Mittel des rücksichtslosen Fraktionskampfes schreiten und selbst vor einer Abspaltung von der Kommunistischen Partei nicht zurückschrecken. **Hinter Korsch-Katz und ihrer Gruppe stehen keine Massen und keine Parteiorganisationen.** Aber die Auffassung, die diese Gruppe vertritt, gilt es restlos in der Partei niederzukämpfen. Vor allem deshalb, weil diese Gruppe und ihre Auffassungen das logische Ergebnis der Politik der Ruth-Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe sind, die sich als „linke" Opposition der KPD. drapieren.

Die Partei muß aus dem jämmerlichen Zusammenbruch dieser Gruppe lernen und die Lehre ziehen, auf welche Wege die Politik, die „linker" sein will als der Leninismus (eben die Politik, die Ruth-Fischer-Maslow-Urbahns noch heute vertreten), führt. Dann wird auch die Renegatengruppe Korsch-Katz — wenn auch gegen ihren eigenen Willen — der Revolution deutlich gewesen sein.

Gegenüber den Korsch-Schwarz-Katz vertritt die KPD. die Auffassung, daß **Sowjet-Rußland ein Land des sozialistischen Aufbaues ist.** In Sowjet-Rußland befinden sich die entscheidenden Teile der Wirtschaft im Besitz des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats. Die Macht des Staates wird im Klasseninteresse des Proletariats von diesem, unter Leitung der Kommunistischen Partei zur Stärkung der sozialistischen Elemente der Wirtschaft, d. h. zum Aufbau des Sozialismus angewandt. Dieser Aufbau vollzieht sich unter den Schwierigkeiten der Isolierung, der nicht genügend entwickelten Großindustrie in einem ausgesprochenen Bauernlande, den Störungs- und Durchbruchsversuchen seitens der imperialistischen Bourgeoisie der anderen Länder und kleinbürgerlichen Elemente des eigenen Landes. Eine Voraussetzung für die Sicherung des sozialistischen Aufbaues ist die Gewinnung der breitesten werktätigen Massen, d. h. in Sowjet-Rußland das Bündnis zwischen Proletariat und werktätigen Bauern. In Rußland muß die Arbeiterschaft und ihre Partei um den Mittelbauer kämpfen, ihn zum Bundesgenossen der proletarischen Wirtschafts- und Staatspolitik machen. Korsch und seine Gruppe leugnen nicht nur die Notwendigkeit einer solchen Politik, sondern sie leugnen auch die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen dem städtischen Proletariat und der werktätigen Bauernschaft unter Aufrechterhaltung des sozialistischen Aufbaues.

Wir müssen verstehen, daß der Mittelbauer in Rußland wesentlich anders als in Deutschland ist. Der größte Teil der Mittelbauern in Rußland ist nach deutschen Begriffen nichts anderes als Kleinbauer. Der russische Mittelbauer ist „die zentrale Figur des russischen Dorfes", d. h. er ist seiner wirtschaftlichen und auch zahlenmäßigen Bedeutung nach der einflußreichste Faktor im Dorf. Eine falsche Bauernpolitik würde den Mittelbauer in die Arme des Kulaken, d. h. des Großbauern, treiben und ihn allmählich zum Feinde des Sowjetstaates machen. Die richtige proletarische Bauernpolitik versucht dagegen, das Bündnis zwischen dem Proletariat, der Dorfarmut und dem Mittelbauern zu festigen, den Mittelbauer durch Förderung des Genossenschaftswesens und planmäßige Erziehung in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Am Ende einer falschen Bauernpolitik, wie sie Korsch und Konsorten fordern, würde der konterrevolutionäre Aufstand des Dorfes gegen die Städte und damit die Schwächung, wenn nicht Unterhöhlung der Macht des Proletariersstaates stehen. Eine richtige Bauernpolitik dagegen wird immer größere Kreise der Mittelbauern zu aktiven Mitarbeitern am sozialistischen Aufbau machen und damit zur Festigung der Macht des Arbeiterstaates beitragen. Alle proletarischen Arbeiter sind sich darin einig, daß das Tempo des sozialistischen Aufbaues unvergleichlich schneller sein würde, wenn die industrielle Basis breiter, wenn insbesondere ein oder mehrere Industriestaaten unter der Herrschaft des Proletariats stehen würden. Die Schwierigkeiten, die der Aufbau des Sozialismus in einem Lande zu überwinden hat, können nicht durch „Theorien" kleinbürgerlicher Professoren, sondern nur durch die kraftvolle Entwicklung und Förderung der Industrie in Sowjet-Rußland und durch **die Beschleunigung des Tempos der revolutionären Entwicklung in den anderen Ländern** überwunden werden. Korsch und seine Gruppe aber kämpfen gegen den Arbeiterstaat Sowjet-Rußland, sie kämpfen gegen die leitende Partei Sowjet-Rußlands, sie kämpfen gegen die Politik der Komintern und gegen die Taktik der KPD., d. h. gegen alle Kräfte, die für eine revolutionäre Entwicklung arbeiten. **Diese Gruppe hat nichts zu tun mit dem Kommunismus, sie ist sein Feind und muß als solcher behandelt werden.**

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Konstituierende Sitzung des EKKI.

Moskau, 6. April. (Eig. Ber.) Am 14. März, nach Abschluß der Arbeiten des Erweiterten EKKI, fand eine Sitzung des EKKI statt, in der die Wahlen für das **Präsidium,** das **Orgbureau** und das **Sekretariat** vorgenommen wurden.

Als **Vertreter des Vorsitzenden des EKKI,** Genossen **Sinowjew** (der vom 5. Kongreß der Komintern gewählt wurde), werden die Genossen **Bucharin, Thälmann** und **Semard** gewählt.

In das Präsidium des EKKI wurden gewählt die Genossen: **Sinowjew, Stalin** (UdSSR.), **Manuilski** (Ukraine), **Thälmann, Remmele** (Deutschland), **Semard, Treint** (Frankreich), **Ercoli** (Italien), **Smeral** (Tschechoslowakei), **Ferguson** (England), **Kuusinen** (Finnland und Baltische Staaten), **Katayama** (Japan), **Su-Fung** (China), **Roy** (Orient), **Kilboom** (Schweden), **Kolarow** (Balkanföderation), **Rutenberg** (Vereinigte Staaten Amerikas), **Klara Zetkin, Losowski** (ROS.) und **Dominadze** (Jugendinternationale). Als Kandidaten wurden in das Präsidium gewählt die Genossen: **Dimitrow** (Bulgarien), **Boschkowitsch** (Jugoslawien), **Bogutzki** (Polen), **Bedacht** (Amerika) und **Wujowitsch** (Jugendinternationale).

In das Orgbureau wurden gewählt die Genossen: **Kuusinen, Humbert-Droz, Roy, Smeral, Geschke, Piatnitzki, Manuilski, Treint, Ercoli, Dimitrow, Ferguson, Petrow;** außerdem gehören dem Orgbureau die Leiter der Sektionen des EKKI, die Vertreter der Genossenschaftssektion des EKKI, der Jugendinternationale und des Internationalen Frauen-Sekretariats an. Als Kandidaten wurden in das Orgbureau gewählt die Genossen: **Jacob, Pepper, Kornblum.**

In das Sekretariat des EKKI wurden gewählt die Genossen: **Geschke** (Deutschland), **Jacob** (Frankreich), **Ercoli** (Italien), **Ferguson** (England), **Smeral** (Tschechoslowakei), **Kuusinen, Humbert-Droz, Roy, Piatnitzki, Kornblum, Petrow.** Als Kandidaten sind gewählt die Genossen **Dimitrow** und **Pepper.** Außerdem nimmt an den Sitzungen des Sekretariats mit beratender Stimme ein Vertreter der KJ.

In derselben Sitzung wurde **das neue Statut** über das EKKI, **seine Organe und seinen Apparat als Grundlage angenommen.**

Dieses Statut sichert eine regelmäßigere, systematischere Arbeit d EKKI, des Präsidiums, des Orgbureaus und Sekretariats sow eine sorgfältigere Vorbereitung der zu bearbeitenden Fragen. T bei wurde die Resolution des 14. Parteitages der KP. der Sowj union berücksichtigt, die eine Stärkung des Apparates der K empfahl unter einer Orientierung auf den immer wachsenden Ei fluß der ausländischen kommunistischen Parteien in der Leitu der KI.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reorganisation des Sekretaria dessen Zusammensetzung zum Zweck der Verstärkung der auslän schen kommunistischen Parteien und der besseren Verteilung d Arbeit bedeutend erweitert wurde, ist die Organisation der genannten **Ländersekretariate.**

Diese Länder**sekretariate** sind Organe des Sekretariats des EKK und arbeiten unter seiner Leitung und Kontrolle. Jedes Sek tariat ist verpflichtet, systematisch die Lage der in sein Bere fallenden Länder und kommunistischen Parteien systematisch studieren und zu diskutieren, die Fragen für sämtliche beschlieben Organe der KI. vorzubereiten, die Beschlüsse dieser Organe zur zuführen und die Durchführung dieser Beschlüsse durch die e sprechenden Sektionen des EKKI zu kontrollieren.

Die Länder**sekretariate** werden gebildet aus einem verantwo lichen Sekretär des EKKI und einigen Vertretern der Sektion der KJ., und zwar hauptsächlich jener Länder, die von dem K treffenden Sekretariat bedient werden. Dadurch wird eine kolle tive Verarbeitung und vorhergehende Behandlung dieser Frag gesichert. Dadurch wird auch erreicht, daß die Vertreter der ve schiedenen kommunistischen Parteien, die Mitglieder und Kand daten des EKKI, die Lage auch in anderen Ländern außer de eigenen kennenlernen und sich in die Arbeit des EKKI-Apparat einführen.

Durch den Beschluß des Präsidiums vom 24. März werde Länder**sekretariate** für folgende Ländergruppen eingesetzt:

1. Frankreich, französische Kolonien, Italien, Belgien und d Schweiz.
2. Deutschland.
3. Tschechoslowakei, Oesterreich und Ungarn.
4. England, Irland, Holland, Australien, Südafrika, Britis Indien und Holländisch-Indien.
5. Vereinigte Staaten Amerikas, Kanada, Japan.
6. Spanien, Portugal, Mexiko und südamerikanische Staaten.
7. Schweden, Norwegen, Dänemark, Island.
8. Polen, Finnland, Estland, Lettland und Litauen.
9. Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Albanien, Griechenlan
10. Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.
11. Naher und Ferner Osten (China, Korea, Mongolei, Türke Persien, Aegypten, Syrien und Palästina).

Außerdem ist einigen der Sekretäre des EKKI die Veranwo tung für die Verbindung mit den verschiedenen Sektionen de EKKI (Agitprop, Orgabteilung, Informabteilung, Verlagsabte lung, Verbindungsabteilung) sowie mit der Genossenschaftssektio des EKKI, dem Internationalen Frauensekretariat und den parte losen Massenorganisationen übertragen.

Für die Bearbeitung der Fragen gewerkschaftliche Charakters wurde eine ständige Gewerkschafts-Kom mission gebildet, die aus folgenden Genossen besteht: Sinowjen **Bucharin, Piatnitzki, Ercoli, Treint, Ferguson, Smeral, Geschk Tomski, Losowski, Nin.**

Ausstellung über die Geschichte der Parise Kommune in Moskau

Am 18. März wurde in Moskau eine vom Marx-Engels-Instit organisierte Ausstellung über die Geschichte der Pariser Kommu eröffnet. Diese Ausstellung entrollt vor dem Besucher ein Bild d heroischen Kampfes des Pariser Proletariats. Da ist eine Ecke, d den letzten Jahren des Kaiserreichs zewidmet ist. In Karikatur und Illustrationen lebt die ganze Korruption, Selbstzufriedenhe Trivialität und Talentlosigkeit des Hofes, der Generalität, der Gei lichkeit und des Beamtentums wieder auf. Am meisten hob Napoleon III. hier und die durch ihre Liebesabenteuer b:kann Kaiserin Eugenie abbekommen. Dann kommt der deutsch-französis Krieg, die Niederlagen der französischen Generale, die selbst noch deutscher Gefangenschaft sich mit Komfort einzurichten wissen, d Sedan-Katastrophe ...

Das Kaiserreich ist zusammengebrochen. Der rote Besen d Republik fegt das Gesindel hinweg. Zur Zielscheibe der karikat ristischen Zeitschriften wird jetzt Thiers.

Wir gehen weiter. Hier sehen wir die Belagerung von Pa durch die Preußen. Die Lebensmittelnot, die Polonäsen vor d Brotläden; Lebensmittelkarten. Vor den Toren steht der Fein da ist ein dicker, blutbesudelter Soldat Wilhelms („Wer brau einen Metzger?"). Die Bourgeoisie hat sich in den Kellern v krochen.

Aber unter den Arbeitermassen von Paris wächst die tiefe A wegung heran, die ihren Abschluß findet in der ersten proletarisch Revolution. Die Kommune, in Gestalt eines zerfleideten jung Mädchens, pocht an die Tür der Madame France: „Darf man?" „Nein, Madame ist noch mit Herrn Thiers beschäftigt." Noch e wenig und die Arbeiter haben gesiegt. Die Regierung flüch nach Versailles, als heilige Familie, die auf der Eselin n Aegypten reitet. Die Kommune wird proklamiert. Allgemein Jubel. Neue Zeitungen. Karikaturen auf die neue Regierur Typen der Nationalgarde und der Minister der Kommune; Reg rungsproklamationen und Plakate, Porträts der Kommu mitglieder. Das proletarische Paris lebt mit allen Fibern. Al seine Existenz ist kurz befristet. Es kommen die Kämpfe. Dann heißer wird der Kampf gegen die Konterrevolution in der Sta selbst. Thiers' Truppen dringen in die Stadt.

Die Maiwoche. Paris in Flammen. Die Massenerschießunge Mac Mahon, Gallifet und andere Blutheiden. Die Arbeitergerich Thiers Blutgier gräbt die Gräber für die gefallenen Kommunarde

Das Marx-Engels-Institut hat es verstanden, nicht allein ei Unmasse interessanten Materials zu sammeln, sondern es auch se gut zu gruppieren. Die Ausstellung weist 2428 Objekte auf. Eini Glaskästen sind den drei Hauptrichtungen der Kommune, den Ka binern, Blanquisten und den Mitgliedern der Internationa (Proudhonisten) gewidmet. Sehr reichhaltig sind die Presse, d politischen Pamphlete und Memoiren vertreten. Die Sammlung der Zeichnungen aus der Zeit der Kommune sind eine wahre Fur grube für den Kunsthistoriker. Unter den Manuskripten finden u das Tagebuch von Louise Michel, ferner die Mappe der Redakti der Zeitung „Père Duchesne" mit den Briefen aus Leserkreis Manuskripten usw. Die Korrekturbogen des „Bürgerkriegs in Fra reich" mit eigenhändigen Korrekturen von Marx und Lafargue si ebenfalls hier zu sehen. Unter den Photographien der Kommu teilnehmer fällt insbesondere die „Frauensektion" der Kommu mit 80 Bildern der Kommunardinnen auf.

Ausschluß aus der Partei

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, Johan Kubitzki und Gustav Hauer, Ortsgruppe der KPD. Weißenfels wurden wegen partei- und arbeiterschädlichen Handlungen aus de Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Richtigstellung
zum gestrigen Bericht der Unterbezirkskonferenzen

In dem Bericht über die Unterbezirkskonferenz Weißenfels Naumburg-Zeitz ist fälschlicherweise von 80 gewählten Delegierte gesprochen worden. Richtig ist, daß zwar 80 Genossen anwesend waren, darunter aber zahlreiche Gäste. Das Abstimmungsverhält nis 31 für, 10 gegen die vorgelegte Resolution ist richtig angegeben worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 13. April 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 86

Severings Pogromhetze gegen die rote Front

Schärfere Militarisierung der Schupo – Größerer Einfluß reaktionärer Offiziere – Einseitige Bürgerkriegsvorbereitungen gegen links

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 13. April.**

Gestern fand in Berlin unter dem Vorsitz Severings eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Ministerialdirektor Dr. Abel berichtete, daß nach einer Einigung mit den interalliierten Mächten die staatliche Polizei abzubauen sei und in diesen Orten Kriminalpolizei geschaffen werden soll.

Severing erklärte in seiner Rede, nach seiner Ueberzeugung seien wir aus dem Gröbsten noch nicht heraus. Die starke Arbeitslosigkeit würde auch im Sommer und im nächsten Herbst noch nicht überwunden sein. Auch Ausschreitungen politischer Gruppen müssen in Rechnung gestellt werden (er meint natürlich nur die Kommunisten). Deshalb könne man nicht daran denken, aus heute mit Polizei belegten Gefahrengebieten die Polizei herauszuziehen, denn ihre Anwesenheit bedeutet schon ein gewisses Warnungssignal. Er forderte die Ober- und Regierungspräsidenten auf, die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Er erklärte, er überschätze gewiß nicht die Wirksamkeit der sogenannten Wehrorganisationen und stimmte dann in eine Hetze gegen den RFB. ein, indem er von der Gefahr sprach, daß einmal „die Flinten von selbst losgingen". Die Voraussetzungen für eine Zukunft sei die Erhaltung einer mächtigen Polizei: „Wir erwarten von den Provinzialbehörden, daß sie mit ruhiger und vorsichtiger Entschlossenheit mit der notwendigen Entschiedenheit bei gegebenen Anlässen auftreten werden."

*

Im Zusammenhang mit obiger Meldung steht das, was wir noch aus den der Regierung nahestehenden Kreisen erfahren:

Die Verhandlungen mit der Entente zwecks Verminderung der deutschen Schutzpolizei sind so gut wie abgeschlossen. Danach soll der gesamte Polizeikörper in Deutschland um rund 30000 Mann vermindert werden. 35000 bis 40000 sollen in geschlossenen Formationen in den Kasernen verbleiben, davon allein 25000 in Preußen. Die Amtsbezeichnungen der Offiziere bleiben bestehen, d. h. also: der militärische Charakter der Polizei als Bürgerkriegsinstrument gegen die Arbeiterschaft bleibt vollständig erhalten. Zwei Drittel der gesamten Polizei sollen staatlich bleiben und ein Drittel soll Kommunal-Polizei sein.

Wie man uns weiter mitteilt, sind natürlich schon Kräfte am Werk, die den Abbau der jetzigen Polizeimannschaften dort vornehmen wollen, wo sich die Mannschaften von den reaktionären Offizieren nicht verhetzen lassen, und wo deshalb ein gewisses Einvernehmen zwischen Polizei und arbeitnehmender Bevölkerung besteht, wie in vielen Industriegebieten. Vielleicht hat man auch für Sachsen derartige Pläne.

Für Standorte der kasernierten Polizei sollen natürlich auch Industriegebiete und große Städte ausgewählt werden, um die Polizei schnell im Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft einsetzen zu können.

In der Polizeibeamtenschaft ist die Erbitterung gegen die Militarisierung sehr groß.

★

Beide beiden Meldungen informatorischen Inhalts zeigen aufs deutlichste, daß Severing die Polizei nur betrachtet als Instrument gegen den „inneren Feind". Der innere Foind ist nun für den Sozialdemokraten Severing nicht etwa der Faschismus, sondern der innere Feind, das sind natürlich die Kommunisten, die roten Frontkämpfer und vor allem die Opfer des kapitalistischen Systems, die Arbeitslosen, die nach der Ansicht Severings nicht durch eine genügende Arbeitslosenunterstützung zu „beruhigen" sind, sondern allein durch „blaue Bohnen". Dementsprechend gibt ja auch Herr Severing seine Anweisungen an seine untergeordneten Organe. Wenn er den Befehl gibt, „die politischen Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen", so wissen alle die reaktionären Ober- und Regierungspräsidenten ganz genau, wen sie mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen sollen. Es ist klar, daß sich diese reaktionären, zum Teil direkt monarchistischen höheren Staatsbeamten nicht zweimal sagen lassen werden, gegen die revolutionären Arbeiter vorzugehen.

Insbesondere ist es aber Herrn Severing darum zu tun, die nötig Pogromhetze gegen den Roten Frontkämpfer-Bund zu entfesseln. Es ist bezeichnend, daß er nicht in bezug auf die faschistischen Verbände davon spricht, daß „einmal die Flinte von selbst losgehen" könnte, sondern allein im Hinblick auf den RFB. Niemals noch hat Herr Severing so deutlich im Auftrage kapitalistischer Interessen gehandelt, wie hier. Denn die Erfolge der roten Front, die Massen des Proletariats unter der roten Fahne zu sammeln, die besonders in den letzten Wochen und Monaten ausgezeichnete sind, und die sogar die Schutzgarde dieser kapitalistischen Republik, das Reichsbanner, durch Uebertritte zahlreicher Reichsbannerproleten zum RFB. zu sprengen drohen, diese Erfolge liegen der Bourgeoisie sehr schwer im Magen — — — Herr Severing macht sich nur die Befürchtungen der Kapitalisten zu eigen. Er arbeitet systematisch auf ein Verbot des RFB. hin.

Dieser politischen Einstellung des preußischen Innenministers, des Sozialdemokraten Severing, gegen die „Linksgefahr" bei völligem Verschweigen der Gefahr des Faschismus entspricht seine ganze Polizeipolitik, die naturgemäß eine allgemein arbeiterfeindliche sein muß.

In diesem Moment, wo auf Befehl der Entente von neuem Tausende von Schupobeamten aufs Straßenpflaster gesetzt werden, beton[illegible] Severing die Notwendigkeit der Erhaltung einer mächtigen Polizei. Er sucht diese mächtige Polizei, die in seinen Augen eben [illegible] revolutionären Arbeiter ist, [illegible] Abbaumaßnahmen, [illegible] Schupobeamten ersetzt [illegible] der Kriminalabteilung IA, und anderer[illegible], d. h. ganz auf den [illegible] richtet Herr Severing [illegible] der werktätigen Be[illegible]rum wird auch abge[illegible] Industriestädten, wo [illegible]ächtig sind, während [illegible]rung gerade in diesen [illegible]ung der Polizeikräfte [illegible]

[illegible] reitungen Severings [illegible] polente erkennen, daß [illegible]matisch und künstlich [illegible] Polizeimannschaften [illegible]rcharakter genommen [illegible] „gegen den inneren [illegible] all dem bekannten [illegible] Seite der Schupolente [illegible] Offiziere, die in diesem [illegible] Severing sind. [illegible]ch alle Bürgerkriegs[illegible]chtern lassen, sondern [illegible]er roten Front durch[illegible]he und monarchistische [illegible]gmal leugnen wollte, [illegible] Einschluß der Inter[illegible]ht.

[illegible]gen in dem Ruf:

[illegible]nierung der Schupo!

[illegible]en!

Gemeinsamer Kampf von SPD.- und KPD.-Arbeitern gegen den Hitler-Faschismus in Altenburg

Feige Haltung der SPD.- und RB.-Führung

Wir berichteten bereits gestern über die Hitler-Kundgebung in Altenburg. Die Kommunistische Partei hatte in Altenburg am Sonntag zu einer Gegendemonstration in Altenburg aufgerufen. SPD. und Reichsbanner hatten offiziell abgelehnt, sich daran zu beteiligen. Hermann Müller, der Chefredakteur der sozialdemokratischen Altenburger „Volkszeitung", hatte am Sonnabend in seinem Blatt folgende markanten Sätze geschrieben:

„Es ist zwecklos, wegen der Faschisten auch nur vom Sofa aufzustehen."

Trotz dieser Sabotage und trotz der Unterstützung dieser Sabotage durch die Stadtverwaltung, die alle kommunistischen Veranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen verboten hatte, kam eine glänzende Gegendemonstration zustande, an der sich 2500 Altenburger Einwohner, darunter viele SPD.-Mitglieder, beteiligten.

Gleichfalls nahmen an der Demonstration 50 Reichsbannerleute in Uniform teil,

die aufs lebhafteste gegen die Haltung der SPD.-Presse und gegen die bürgerlichen Sabotageversuche protestierten.

Die Faschisten ließen es sich angelegen sein, Schlägereien mit Arbeitern zu provozieren. Reichsbanner und RFB. aber jagten gemeinsam die Faschisten mit blutigen Köpfen in die Flucht. Bei allen Reibereien behielten die Altenburger Arbeiter die Ueberhand, trotzdem die Faschisten von der Schußwaffe Gebrauch machten. Arbeiter sind bei diesen Reibereien nicht verletzt worden. Die Polizei verhielt sich ziemlich neutral, teilweise bekundete sie sogar eine gewisse Sympathie mit den Arbeitern.

Die Ereignisse in Altenburg haben wieder einmal bewiesen, daß die kommunistischen Arbeiter in der vordersten Linie gegen die Reaktion kämpfen, und daß die SPD.-Führung zutzig den Hitler-Faschismus erneut anwachsen läßt und mit verschränkten Armen dem Treiben dieser Banditen zusieht.

Geht's nicht so, dann anders!

Von Gerhart.

Die Regierung, die bürgerlichen Parteien haben bisher die Bewegung zur Enteignung der Fürsten mit sogenannten „demokratischen Mitteln" bekämpft. Der Verwaltungsapparat der bürgerlichen Republik sabotierte auf gesetzmäßigem Wege. Um das nicht augenfällig zu machen, wurden einige in dieser Beschäftigung allzu ungeschickte Landräte von Severing auf höhere Posten versetzt. Die im Besitze des Kapitals sich befindlichen Zeitungen, über 3000 Stück, führten auf deutschnationale, Zentrums- und demokratische Weise den Kampf gegen die Bewegung. Die von der Republik bezahlten und gut bezahlten Diener Gottes benutzten die Kanzel, den Fürsten gefällige Diener zu sein.

In den kleineren Städten und besonders in den Landgebieten benutzten die Großgrundbesitzer, die Fabrikanten usw. ihre wirtschaftliche Herrschaft, um die Massen abzuhalten. Denn in der bürgerlichen Republik ist es natürlich gestattet, seine Stimme „frei" abzugeben, so lange die Bourgeoisie das Wahlrecht nicht verändert. Aber ebenso frei — wir leben ja in der bürgerlichen Republik — können die Großgrundbesitzer, die Unternehmer, die hohen Beamten, jene, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befinden, für die Abgabe der Stimmen aufs Pflaster setzen, drangsalieren usw. In der bürgerlichen Republik hat eben jeder seine Freiheit. Die große Mehrheit des Volkes hat nur das kleine Pech, daß es von einem kleinen Häuflein von Unternehmern abhängig ist, die von dem gesamten Machtapparat der bürgerlichen Republik bedingungslos verteidigt wird.

Die von den sozialdemokratischen Führern unterstützte Regierung sabotiert den Volksentscheid, mit Hilfe des Kompromisses versucht man die Massen zu verwirren. Die sozialdemokratischen Führer arbeiten eifrig mit am Kompromiß, verhandeln emsig mit den Feinden, statt die Tribüne des Parlamentes zur Alarmierung der Massen gegen die Sabotageversuche und die schamlose Lächerlichkeit des Kompromisses auszunützen.

Aber es geht noch alles in Ordnung, alles streng nach den Gesetzen, die von den Feme- und Fürstenrichtern, vom kapitalistischen Reichstag, von der bürgerlichen Regierung, vom Machtapparat der bürgerlichen Republik ausgelegt und angewendet werden. Alles streng im Rahmen der Weimarer Verfassung. So wie ja seit 1918 alles, Inflation, Belagerungszustand, wirtschaftlicher und politischer Terror, Massenverelendung sich streng im Rahmen der demokratischen Verfassung vollzog.

Trotz der ausgiebigsten Verwendung der „bürgerlichen Demokratie" durch Regierung und Parteien, Gerichte und Richter, Beamte und Polizei, haben sich 12½ Millionen Stimmen in die ausgelegten Listen eingezeichnet. Die erste Phase der Sabotage wurde zum großen Teil überwunden. Wird durch den Druck der Massen auch die zweite Phase der Sabotage überwunden und der Volksentscheid ins Rollen kommen, dann muß man sich auf eine kräftige, noch viel kräftigere dritte Phase der Sabotage gefaßt machen.

Was werden die Regierungen und die bürgerlichen Parteien tun, wenn der Volksentscheid angenommen wird? Werden sich die Bourgeoisie und ihre Regierung fügen? Werden sie entsprechend dem Willen der Millionen die Fürsten, alle Fürsten restlos enteignen? Auch die bayrischen Thronhalter, die Wittelsbacher? Wird Hindenburg, der Kommandant der Reichsexekutive, wenn Bayern sich weigert, die bayrische Regierung zwingen, die bayrischen Herrlichkeiten restlos zu enteignen? Wir fragen noch einmal, werden die Regierung der Bourgeoisie, der kaiserliche Feldmarschall sich fügen?

Nun, man darf keine Illusionen haben. Was die Regierung, die bürgerlichen Parteien, der kaiserliche General, tun können, um den Willen des Volkes zu sabotieren, das werden sie zweifellos tun. Und sicherlich werden sie durch ihre Gerichte und Richter, durch das kapitalistische Parlament, durch ihre Verwaltungs- und Machtapparat, die Verfassung gegen den Willen des Volkes auslegen und vor allem anwenden können. Eine Verfassung ist eine ausgezeichnete Sache für den, der die Macht hat. Denn wenn die Verfassung nicht so will, wie die Macht, dann desto schlimmer für die Verfassung. Stampfer hat sie in der Redaktion des „Vorwärts", aber in der deutschen Republik hat sie die Bourgeoisie. Die Reichswehr, die monarchistischen Polizei- und Verwaltungsbeamten, überhaupt die ganze kapitalistische Staatsmaschine, werden weder durch Stampfer noch durch Friesland mattgesetzt, die Gesetze nicht durch die eifrigen Kompromißarbeiter Rosenfeld und Landsberg ausgelegt und durchgeführt.

Wenn wir über die zu erwartenden Maßnahmen durch Regierung und Parlament gegen einen siegreichen Volksentscheid schreiben, so handelt es sich nicht um übertriebene „Befürchtungen", um Spekulationen in der blauen Luft. Wir können einen Zeugen anführen, der zweifellos die Ansicht maßgebender Kreise der Bourgeoisie über die Sache ausdrückt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" beschäftigt sich mit der „Unruhe der Parteien über den Volksentscheid". Und das kapitalistische Organ „beruhigt" dann auf folgende Weise:

„. . . Wo steht denn, abgesehen davon, in unserer Verfassung ein Wort, daß das durch Volksentscheid angenommene Gesetz nicht abgeändert werden könnte? Im Gegenteil, namhafte Staatsrechtslehrer, wie z. B. Prof. Anschütz in Heidelberg, erklären, auf Grund der Verfassungsbestimmungen, daß die durch Volksent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260413-10/fragment/page=0009